

AK Tirol TIROLER ARBEITERZEITUNG

Österreichische Post AG | Postentgelt bar bezahlt | Verlagsort 6020 Innsbruck | RM 12A039146 K

ZEITUNG FÜR ARBEIT UND KONSUMENTENSCHUTZ DER KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE FÜR TIROL

7. JG., MAI 2015 | NR. 74

KOMMENTIERT

Löhne müssen kräftig steigen



AK Präsident Erwin Zangerl

Das haben sich die Tiroler Arbeitnehmer-Familien nicht verdient: Noch immer liegen ihre Einkommen ganz hinten im Bundesländervergleich. Besonders schmerzt, dass sich gleich vier Tiroler Bezirke unter den zehn österreichischen Regionen mit den niedrigsten Löhnen befinden. Die schlechten Einkommen spiegeln aber auch die Veränderung der Tiroler Beschäftigungsstruktur wider. Ursachen sind die Zunahme „atypischer“ Beschäftigungsformen. Auch die Problematik der Saisonbeschäftigung in den tourismusintensiven Bezirken zeigt sich deutlich. Verantwortlich ist aber auch das Entlohnungsverhalten mancher Firmen.

AK und ÖGB werden deshalb nicht müde, die Ungerechtigkeiten aufzuzeigen und dagegen vorzugehen. Mit Kontrollen bei Einstufungen und auf richtige KV-Zugehörigkeit, ebenso bei Lohnrechnungen und geleisteten, aber nicht bezahlten Überstunden. Leider scheinen Wirtschaft und Politik kaum ernsthaft gewillt, an dieser Situation etwas zu verändern. Doch es müssen neue Betriebe, vor allem im Gewerbe und in der Industrie, angesiedelt und die bestehenden guten Unternehmen gefördert werden: Ohne ausreichende Zahl an Firmen, die Vollzeitarbeit anbieten und diese auch fair entlohnen, wird Tirol ein Niedriglohn- und Hochpreisland und damit Schlusslicht in Österreich bleiben.

Rote Laterne für Tirol bei Beschäftigung und Löhnen

Trendwende ist nötig. Die AK Tirol fordert von der Landesregierung Maßnahmen für mehr Beschäftigung, höhere Löhne und leistbares Wohnen. Denn Tirol hinkt hinterher.



Vergleich. Tirol ist bei den Einkommen österreichweit an letzter Stelle. Diese Abwärtsspirale muss schnellstens gestoppt werden.

Tirol braucht eine Trendwende. „Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend Maßnahmen zu setzen, um die immer dramatischer werdende Situation bei der Beschäftigung, bei den Löhnen und beim Wohnen in Tirol zu verbessern.“ In einer gemeinsamen Resolution der Vollversammlung der Arbeiterkammer Tirol verlangen die

70 Kammerrätinnen und Kammerräte von der Landesregierung, der alarmierenden Entwicklung in den Bereichen Arbeit, Einkommen und Wohnen gegenzusteuern.

AK Präsident Erwin Zangerl: „Schön, dass sich die Landesregierung über ein Nulldefizit beim Budget freut. Weitaus besser wäre jedoch, sie würde sich mehr um die Probleme

der Arbeitnehmer-Familien kümmern: Die Menschen sorgen sich um die Zukunft ihres Arbeitsplatzes, sie stöhnen unter den hohen Wohnpreisen und ärgern sich über die niedrigen Einkommen.“

Im Vergleich zu anderen Bundesländern haben Tirols Arbeitnehmer monatlich oft um bis zu 300 Euro netto weniger auf ihrem Lohnkonto

und das vor dem Hintergrund höchster Wohnungspreise und Lebenshaltungskosten. Besonders schlimm ist die Tatsache, dass diese Lohndiskrepanz immer weiter zunimmt, Tirol also auch bei den Einkommen laufend an Boden verliert.

Die Arbeiterkammer Tirol hat dem Land in den letzten Monaten eine Fülle von Vorschlägen und Maßnahmen für eine Trendwende vorgelegt – geschehen ist bis jetzt nichts. Dramatisch an dieser Situation ist, dass diese Abwärtsspirale dringend gestoppt werden muss, um nicht noch stärker den Anschluss an erfolgreichere Regionen zu verlieren. Zangerl: „Dabei haben wir gute Rahmenbedingungen: Bestens ausgebildete Fachkräfte, motivierte Beschäftigte, ein ideales Umfeld im Herzen Europas, aber die Einkommens- und Beschäftigungsdaten sind alarmierend und in einigen Bezirken dramatisch. Der Tourismus hat Wohlstand in einzelne Täler gebracht und Reichtum für einige Tourismussdynastien. Gute Schnee- und Buchungslage können aber nicht länger darüber hinwegtäuschen, dass wir gerade in diesen Regionen immer größere Probleme feststellen. Die Politik des Landes muss endlich die Lebensrealitäten in Tirol erkennen und die dafür nötigen Strukturänderungen angehen.“

Lesen Sie mehr auf den Seiten 5, 6 und 7

ZAHLENSPIELE

1147

... 1.147 Euro netto betrug das durchschnittliche Monatseinkommen 2013 im Bezirk Landeck. Damit hält der Bezirk einen traurigen Rekord – ist er doch der einkommensschwächste Bezirk in ganz Österreich. Unter den „Top 10“ finden sich mit Kitzbühel (4.), Imst (8.) und Lienz (9.) noch drei weitere Tiroler Bezirke, bei den Fraueneinkommen sind sogar fünf Tiroler Bezirke unter den einkommensschwächsten Österreichs. Auch hier „führt“ Landeck vor Lienz (5.), Imst (7.), Kitzbühel (8.) und Reutte (9.). Und Tirol selbst? Unser Bundesland liegt beim österreichweiten Einkommensvergleich ebenfalls am letzten Platz ...

AK KINDERTHEATER

Herbert & Mimi im Festzelt in Zirl



Sie gastierten bereits in allen Tiroler Bezirken und begeisterten ihr Publikum: Die Rede ist von Herbert & Mimi, die am Dienstag, dem 9. Juni, im Rahmen des kostenlosen AK Kindertheaters noch einmal im Festzelt beim Musikpavillon in Zirl auf der Bühne stehen. Alle Kinder ab 4 Jahren sind herzlich eingeladen, die beiden liebenswerten Clowns auf ihrer Reise in ein fantastisches Zauberland zu begleiten und mit ihnen viele spannende Abenteuer zu erleben. Nach der Vorstellung können sich die Kleinen noch bei einer Jause stärken, für die erwachsenen Begleiter – Eltern, Großeltern etc. – gibts Kaffee und Kuchen. Beginn: 15 Uhr. Anmeldung erforderlich unter 0800/22 55 30.

NEU: INFOABEND IN HALL

Herausforderung häusliche Pflege



Ein Familienmitglied wird pflegebedürftig und plötzlich ändert sich der Alltag für alle Beteiligten. Welche einfachen Hilfsmittel – auch organisatorischer Art – pflegende Angehörige enorm entlasten können, erfahren Sie beim kostenlosen AK Infoabend am Dienstag, dem 19. Mai, um 19.30 Uhr in Hall im Hotel Maria Theresia. Es geht um Förderungen, Unterstützungen, etwa für einen Wohnungsumbau, sowie Pflegegeld und Pflegekarenz. Und lassen Sie sich überraschen, welche Tipps von Profis große Erleichterung bei der häuslichen Pflege bringen. Bitte anmelden unter der Hotline 0800/22 55 22 – 3850 oder telfs@ak-tirol.com

Über Geld spricht man!

Gehalt. Man soll sein Licht nicht unter den Scheffel stellen. Wirksamer ist es, den Chef auf die eigenen Leistungen hinzuweisen, um bei Lohnerhöhungen zu punkten.

Die Sachbearbeiterin Hilde ist seit vielen Jahren die Stütze in der Firma. Der Chef und die Kollegen sind hochzufrieden. Doch während einige auf der Gehaltsleiter deutlich nach oben geklettert sind, hat Hilde noch keine außertourliche Gehaltserhöhung erhalten. So wie Hilde geht es vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Über Geld spricht man nicht: Dieses alte Sprichwort dürfte sich in den Köpfen vieler Mitarbeiter so festgesetzt haben, dass sie kaum eine Verhandlung so scheuen, wie Gehaltsgespräche in eigener Sache. Gerade Frauen warten oft Jahre ab, bis sie sich mit Forderungen nach mehr Geld an ihre Vorgesetzten wenden. Immer in der Hoffnung, der Chef würde von sich aus aktiv werden und die Gage freiwillig erhöhen.

Das mag mitunter auch passieren, aber es ist oft besser, den inneren Schweinehund zu überwinden und gute Argumente für eine Gehaltserhöhung zu sammeln. Peinlich braucht es einem nicht zu sein, denn von der eigenen Leistung profitiert vor allem das Unternehmen.

Nachrechnen. Vielen Mitarbeitern ist es aber auch peinlich, mehr Geld zu verlangen, weil sie nicht als geldgierig erscheinen wollen. Sind ausreichend gute Argumente vorhanden, besteht aber keine Gefahr. Man verlangt dann lediglich einen gerechten Ausgleich für das, was man



Mehr Gehalt. Von der eigenen Leistung profitiert vor allem das Unternehmen. Deshalb sollte man über mehr Geld sprechen.

bereits in die Waagschale geworfen hat. Dabei ist kein Betrag zu klein: 150 Euro mehr im Monat ergeben ein Plus von 1800 Euro im Jahr.

Aktiv sein. Warten Sie nicht bis Ihr Chef auf die Idee kommt, mehr Gehalt anzubieten. Wer nie um Erhöhungen fragt, läuft Gefahr, dass seine Arbeit unterbewertet wird. Außerdem schaut meist ein höherer Gehaltssprung heraus, wenn man aktiv auf den Chef zugeht.

Erfolg erklären. Am besten ist es, sich vor der Gehaltsverhandlung eine Liste zu schreiben über jene Dinge, die man für den Betrieb erreicht hat. Damit kommt man nicht als Bittsteller zum Gehaltsgespräch, sondern fordert seinen fairen Anteil am Unternehmenserfolg ein.

Auffallen. Auch wer noch so gute Leistungen erbringt, muss diese seinem Vorgesetzten immer wieder vermitteln. So kann man etwa auf

Erreichtes aufmerksam machen oder auf Leistungen hinweisen, die der Firma genützt haben. Noch besser ist, wenn sich Dritte positiv über die eigene Leistung äußern.

Gute Gründe. Um die Gehaltsforderungen zu untermauern, bedarf es guter Gründe. Wie wurde die Leistung gesteigert? Wurde mehr Verantwortung übernommen? Frauen sollten ihr Gehalt mit jenem ihrer männlichen Kollegen vergleichen.

NEWS REINKLICKEN

Fairer Lohn für gute Arbeit



Foto: Andres Rodriguez/Fotolia.com

Mit dem Gehaltsrechner des Frauenministeriums wissen Sie nach wenigen Minuten, ob Ihr Entgelt dem entspricht, was männliche Kollegen verdienen. Das sorgt für mehr Transparenz bei den Einkommen. Wer weiß, was in seiner Branche im Schnitt bezahlt wird, hat bei Gehaltsverhandlungen die besseren Argumente. Ergebnisse sind der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst, die Spanne, in der das Einkommen mit 95prozentiger Sicherheit liegt, und der durchschnittliche Einkommensnachteil von Frauen gegenüber Männern. Mehr unter gehaltsrechner.gv.at

Broschüre zur Teilzeitarbeit

Teilzeitarbeit wird vor allem von Frauen mit Kindern als wichtiger Zuverdienst zum Familieneinkommen angesehen. Doch es gibt auch Nachteile: Der Stundenlohn ist meist geringer als jener der Vollzeitbeschäftigten. Teilzeit hat noch weitere Risiken und Nebenwirkungen. So berechnet sich etwa die künftige Pension nach einem deutlich niedrigeren Einkommen. Alle arbeits- und sozialrechtlichen Infos finden sich in der AK Broschüre „Teilzeitarbeit“, anfordern unter 0800/22 55 22 - 1432 oder auf www.ak-tirol.com

INFOS GELDKOMPASS

Vergleichen zahlt sich aus



Foto: artem_ka/Fotolia.com

Wollten Sie immer schon wissen, ob Sie entsprechend Ihrer Qualifikation und Ihres Könnens bezahlt werden? Beim „Gehaltskompass“ des AMS finden Sie Vergleichswerte zu den Gehältern von fast 1.800 Berufen, die den durchschnittlichen Brutto-Einstiegsgehältern entsprechen. Datengrundlage sind die Kollektiv-Verträge. Diese werden um Informationen aus anderen Quellen ergänzt. Sie erfahren dort auch, wie hoch das durchschnittliche Einkommen in Ihrem Bundesland ist, verglichen mit dem österreichischen Durchschnitt. Für alle jene, die sich beruflich verändern wollen, findet man darüberhinaus aber auch ein Lexikon aller gängigen Berufe inklusive der durchschnittlichen Einstiegsgehälter sowie der Ausbildungserfordernisse. Alle Informationen gibt es auf gehaltskompass.at

Inserate ohne Transparenz

Anzeigen. Obwohl bei Verstößen Strafen drohen, enthält nicht einmal jede zweite Stellenanzeige in Tiroler Medien die gesetzlich vorgeschriebenen Gehaltsangaben.

Seit März 2011 muss in Stellenanzeigen von Privatunternehmen und Bund angeführt sein, wie viel man im Beruf mindestens verdienen kann – sogar als geringfügig beschäftigte Aushilfe. Und auch das Land hat sich bereit erklärt, Stellen gehaltstransparent auszuschreiben. Doch was ist ein Gesetz wert, wenn es nicht vollzogen wird?

Denn die Meldemoral der Betriebe sinkt weiter: Im Februar und März 2015 hat die AK Tirol die Stellenanzeigen in der Tiroler Tageszeitung (Samstagsausgabe), basics und den Tiroler Bezirksblättern analysiert. Insgesamt 6.041 Stellenanzeigen wurden kontrolliert. Davon enthielten nur 2.519 Inserate eine Gehaltsangabe, bei 3.522 fehlte diese. Das ergibt eine „Kriminalitätsquote“ von 58,3%! Im Jahr 2014 lag diese Quote noch bei 54,2%.

Die Gesetzestreue nimmt offensichtlich stetig ab. Betrug der Anteil der Inserate ohne Gehaltsangaben im Jahr 2013 noch 48,7%, so stieg er im letzten Jahr auf 54,2% und erreicht heuer mit 58,3% einen unrühmlichen Höhepunkt.

Mit der Verpflichtung zur Gehaltsangabe in Stellenanzeigen können offenbar nur Personalberatungs- und Arbeitskräfteüberlassungsfirmen professional umgehen (ca. 6% ohne Gehaltsangabe). Erschreckend ist, dass auch bei Großbetrieben, die ja meistens über eigene Personalabteilungen verfügen, derart oft

das Gesetz verletzt wird (ca. 29% ohne Gehaltsangabe). Und die Klein- und mittleren Unternehmen haben es geschafft, den ohnehin schlechten Wert von 61,4% nochmals zu überbieten: Heuer sind es sogar knapp 65% der Inserate, die keine Gehaltsangaben aufweisen. Aber darf das tatsächlich verwundern? Der öffentliche Dienst bietet ein denkbar schlechtes Vorbild: 57% der Inserate bei Bund und Universitäten sind ohne Gehaltsangaben, bei Land und Gemeinden sind 31% ohne Gehaltsangabe. Festzustellen ist, dass derzeit in immer mehr Inseraten nur allgemein darauf hingewiesen wird, dass der kollektivvertragliche Mindestlohn bezahlt wird. Tatsächlich wäre aber zur Orientierung das Mindestentgelt

Mangelhaft. Sind in Tirol die Gehälter so schlecht, dass sie verschwiegen werden?



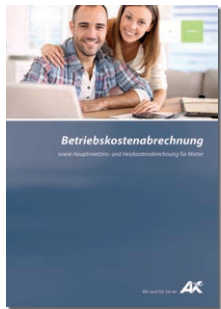
Foto: gary/Fotolia.com

in der betragsmäßigen Höhe anzugeben, das unterschiedlich geregelt sein kann, etwa durch Kollektivvertrag, Gesetz, Satzung oder Mindestlohntarif.

Wenn Arbeitgeber bei der Ausschreibung wissen, dass z. B. Zulagen zustehen, sind diese ebenfalls anzuführen. Arbeiterkammer-Präsident Erwin Zangerl dazu: „So kann es nicht weitergehen. Was ist ein Gesetz wert, wenn es nicht gehandelt wird? Wir verlangen, dass neben Stellenbewerbern und Gleichbehandlungsanwaltschaft auch der AK und dem ÖGB das Recht eingeräumt wird, Übertretungen anzeigen zu können. Außerdem gehört das Gesetz nachgebessert: Um endlich echte Einkommenstransparenz zu erreichen, muss das Ist-Gehalt bzw. eine Bandbreite der möglichen Bezahlung im Stelleninserat stehen. Bei Teilzeitstellen muss das Arbeitsausmaß angegeben sein. Auch bei All-In-Verträgen und bei Überstundenpauschalen muss das Gehalt transparent im Verhältnis zur Arbeitszeit ausgewiesen werden. Außerdem soll die Verpflichtung zu Gehaltsangaben auch für freie Dienstnehmer gelten.“

Außerdem soll die Verpflichtung zu Gehaltsangaben auch für freie Dienstnehmer gelten.“

Betriebskosten zum Nachlesen



Einmal im Jahr ist Zahltag: Dann flattert vielen Mietern die mehr oder minder nachvollziehbare Betriebskostenabrechnung ins Haus. Viele sehen sich mit enormen Nachforderungen konfrontiert, und gar nicht selten werden Positionen aufaddiert, die tatsächlich vom Vermieter bezahlt werden müssten. Bei Fragen helfen die AK Experten (siehe rechts). Viele hilfreiche Informationen finden Sie in der umfassenden AK Broschüre „Betriebskostenabrechnung“, kostenlos anzufordern unter 0800/22 55 22 - 1731 oder als Download auf ak-tirol.com unter „Broschüren“.

Alles zu den Heizkosten



Angesichts hoher Energiepreise und der oft beachtlichen monatlichen Vorauszahlungen denken viele jetzt schon mit Schrecken an die Heizkosten-Abrechnung. Grundsätzlich ist das Prinzip des Heizkostengesetzes ja einfach: Wer mehr verbraucht, der muss auch mehr bezahlen. Umso komplizierter ist aber so manche Abrechnung. Die übersichtliche AK Broschüre „Heizkostenabrechnung“ enthält aufschlussreiche Informationen sowie detaillierte Aufstellungen. Sie kann kostenlos angefordert werden unter 0800/22 55 22 - 1731 oder steht zum Download auf ak-tirol.com zur Verfügung.

FOKUS RICHTIG ABRECHNEN

Wir checken Ihre Betriebskosten!



Foto: Wolfgang Sifotolia.com

Für Sie ist Ihre Betriebskostenabrechnung ein Buch mit sieben Siegeln, ganz egal, wie oft Sie sich schon damit auseinandergesetzt haben? Sie wollten schon immer wissen, ob da auch alles stimmt? Dann bietet Ihnen Ihre AK Tirol ein ganz spezielles neues Service: Für alle Mitglieder, die Zweifel haben, ob ihre Betriebskostenabrechnung stimmt, starten die Mietrechts-Experten einen Betriebskosten-Check. Unter dem Motto „Betriebskosten: Wir blicken durch!“ nehmen die AK Profis kostenlos Ihre aktuelle Betriebskostenabrechnung unter die Lupe, klären über mögliche Fallen auf und helfen, bei Fehlern zu viel bezahltes Geld vom Vermieter zurück zu holen. Also nutzen Sie als AK Mitglied dieses Service und melden Sie sich gleich an.

Jetzt wird abgerechnet!

Betriebskosten. Viele fürchten sich auch heuer vor einer Nachzahlung. Aber Achtung: Immer wieder werden Mietern Beträge verrechnet, die sie gar nicht zahlen müssen.

Bei bestimmten Mietwohnungen ist die Betriebskostenabrechnung bis 30. Juni jeden Jahres fällig. Und dann stellt sich die bange Frage: Muss ich nachzahlen oder nicht? Die Abrechnungen sind häufig schwer durchschaubar, und es schleichen sich immer wieder Fehler ein: Oft sind sie rechnerisch nicht nachvollziehbar, da etwa der Aufteilungsschlüssel nicht angeführt ist. Immer wieder sind auch Positionen aufgelistet, die nicht auf den Mieter überwältigt werden dürfen, oder es tauchen unverständliche Begriffe wie etwa „Sonstiges“ auf.

Überprüfen. Gerade deshalb ist es wichtig, dass Mieter die Abrechnung nicht einfach hinnehmen, sondern einen kritischen Blick darauf werfen, Auffälligkeiten überprüfen und wenn möglich mit der Abrechnung des Vorjahres vergleichen. Weichen einzelne Punkte eklatant ab oder sind Positionen bzw. deren Höhe unklar, dann halten Sie jedenfalls Rücksprache mit dem Vermieter oder der Hausverwaltung, und nehmen Sie Einsicht in die Belege!

Um festzustellen, ob die Abrechnung korrekt ist, muss man einiges beachten. Wesentlich ist u. U. die Vereinbarung im Mietvertrag. Falls von „Betriebskosten“ die Rede ist, hier die Details:



Foto: drabig-photo/fotolia.com

Mulmiges Gefühl. Gabi und Wolfi wissen nicht, ob die Abrechnung stimmt. Sie lassen die Betriebskosten von der AK checken.

Das müssen Mieter zahlen. Der Begriff Betriebskosten ist gesetzlich nur für Mietwohnungen definiert, die zur Gänze unter das Mietrechtsgesetz fallen (z. B. klassischer Altbau). Danach können verrechnet werden: Wasser- und Abwasserkosten, Kanalaräumung, Müllabfuhr, Rauchfangkehrung, Schädlingsbekämpfung, Stromversorgung der allgemeinen Teile des Hauses, angemessene Versicherung des Hauses (grundsätzlich Feuer, Leitungswasser, Haftpflicht), Aufwendungen für Verwaltung und Hausbetreuung sowie die Grundsteuer.

Nicht verrechenbar. Definitiv nicht zu den Betriebskosten gehören: Ausgaben für Reparatur- und Erhaltungsarbeiten, Kosten für Kaminanierung, Mietzinsausfälle, Portokosten oder Bankspesen (werden oft unter „sonstige Aufwendungen oder Leistungen“ verrechnet), Rechtsanwaltskosten, Inkassokosten etc.

Vorsicht ist bei gemieteten Eigentumswohnungen und Vermietungen von Ein- und Zweifamilienhäusern geboten. Es kann grundsätzlich etwas anderes vereinbart werden. Klauseln, in denen versucht wird, die anteiligen

Instandhaltungs- und Erhaltungskosten auf den Mieter zu überwälzen, sind meist gesetzwidrig und müssen im Einzelfall überprüft werden.

Damit nichts schief geht. Sofern Sie nach Einsicht in die Belege aus der Betriebskostenabrechnung nicht schlau werden, lassen Sie als Mitglied Ihre Abrechnung von den Mietrechtsexperten der Arbeiterkammer in Innsbruck kostenlos kontrollieren.

Dazu starten die AK Mietrechtsexperten eine neue Aktion (siehe rechts).

ANMELDUNG & TERMINE

Achtung: Für die Anmeldung bzw. Terminvergabe ist eine telefonische Vereinbarung unter der kostenlosen Hotline 0800/22 55 22 - 1717 erforderlich. Sie erfahren am Telefon, welche Unterlagen (Mietvertrag, aktuelle Betriebs- und Heizkostenabrechnung, Abrechnung des Vorjahres) an die Arbeiterkammer übermittelt werden sollen.

AK TELFS	Di. 2. Juni
AK IMST	Di. 9. Juni
AK KITZBÜHEL	Do. 11. Juni
AK LIENZ	Di. 16. Juni
AK LANDECK	Do. 18. Juni
AK KUFSTEIN	Do. 25. Juni
AK REUTTE	Di. 30. Juni
AK INNSBRUCK	Mi./Do. 1./2. Juli
AK SCHWAZ	Do. 9. Juli

FACTS STEUER SPAREN

Experten der AK beraten

Zu den AK Steuerspartagen in allen AK Bezirksstellen und in Innsbruck kamen heuer 3.044 Personen, dabei wurden 4.992 Anträge erledigt. Im Schnitt erhielt jeder Ratsuchende nach dieser persönlichen Beratung eine Steuer-Gutschrift von 380 Euro. Insgesamt holten die AK Experten bei dieser Aktion 1.897.000 € für ihre Mitglieder vom Fiskus zurück.

Übrigens: Wer sich noch keine Steuergutschrift geholt hat und dabei Unterstützung braucht: Anrufen bei den AK Steuerexperten unter der Hotline 0800/22 55 22 - 1466. Sie kennen sich aus, geben Infos und Tipps. Es lohnt sich fast immer. Also lassen Sie sich als AK Mitglied helfen.

Freude über 1,9 Millionen Euro

Geldsegen. Die AK Steuerspartage haben sich für die Mitglieder gelohnt. Im Schnitt gab es 380 Euro zurück, insgesamt immerhin 1.897.000 Euro.

Auch die heurigen AK Steuerspartage haben gezeigt, dass sich der Steuerausgleich lohnt. Aus den Gesprächen mit den Experten eröffneten sich unbekannte Möglichkeiten:

- Eine Frau informierte sich für ihren Mann, der sich für Steuersachen nie Zeit genommen hat. Sie staunte nicht schlecht, dass man für ihre drei Kinder jeweils den **Kinderfreibetrag** von 220 € geltend machen kann. Dadurch erhöht sich die jährliche Gutschrift um 284 €.
- Eine Frau mit Pensionsbezug von 1.300 € netto hatte neben ihren Krankheitskosten noch die hohen **Ausgaben für einen Treppenlift** zu bestreiten, da sie gehbehindert ist. Große Freude, als sie vom AK Experten erfährt, dass sie vom Finanzamt eine Gutschrift von 2.024 € bekommt.

- Freude auch bei Anneliese, einer Alleinerzieherin mit drei Kindern: Sie hatte den **Lohnsteuerausgleich** nie gemacht, bezieht Unterhalt vom Ex-Mann und verdient 600 € netto. Sie erhält eine Gutschrift von 2.997 Euro! Viel Geld für die Mutter, die jeden Euro für die Kinder dringend braucht.
- Eine Dame informierte sich, ob sich ein **Steuerausgleich** lohnt. Ihr Mann bezog Arbeitslo-

sengeld und Notstand. Die Frau ist als Kassiererin beschäftigt, hat zwei Kinder. Die Gutschrift: 779 €, gerade jetzt eine willkommene Einkommensaufbesserung.

- Einer jungen Familie konnte die Auskunft erteilt werden, dass für ihre zwei Kinder **Kinderbetreuungs- und Verpflegungskosten** (bis zum 10. Lebensjahr) absetzbar sind. Die jährliche Gutschrift: 1.978 €.



Foto: Gina Sanders/Fotolia.com

Teurer Schulbesuch

Staat wälzt Kosten ab. Mit der aktuellen Schulkosten-Erhebung geht die AK Tirol auch Kostentreibern auf den Grund – und Ausgaben, die Aufgabe des Staates wären.

Von den Kopien über Bücher bis zur Sprachwoche, für die sich auch noch ein Taschengeld für die Tochter ausgeben sollte: Der Schulbesuch der Kinder wird für immer mehr Tiroler Familien zum finanziellen Drahtseilakt.

Deshalb startet die AK Tirol eine spezielle Schulkosten-Erhebung, um mit Hilfe der Eltern erstmals alle bekannten und vor allem auch die versteckten Ausgaben zu erfassen. Details zur Erhebung siehe Artikel rechts.

Tatsache ist, dass die laut Schulorganisationsgesetz an sich kostenfreie Schule Eltern immer teurer zu stehen kommt: „Die Situation ist für Familien mit niedrigen Einkommen dramatisch“, betont AK-Präsident Erwin Zangerl.

Denn es geht schon längst nicht mehr nur um die Grundausstattung, um Hefte, Stifte, Schultasche & Co, für die Eltern – laut der AK-Erhebung 2014 – bis zu 237 Euro auslegen mussten. Es kommen immer mehr „versteckte Schulkosten“ auf sie zu für Exkursionen, Skikurse, Sprachkurse, Nachmittagsbetreuung und vielleicht sogar einen teuren Laptop. Und dann wälzt auch noch der Staat zunehmend Ausgaben für Infrastruktur und Lernbehelfe auf die Eltern ab, die er per Gesetz selbst tragen müsste.

Beispiel Wien. Unlängst stieg der große Wiener Elternvereine-Verband VEV auf die Barrikaden. Er rechnete vor, dass Wiens Eltern im Schnitt 319 Euro pro Kind und Jahr für den Kauf von Büchern, Computer, Kopierbeiträge, Spindmiete und sogar für EDV-Ausstattung, Instandhaltungs- und Sanierungsarbeiten der Schule beisteuern. Macht bei 97.000 Schülern an Wiens mittleren und höheren Schulen 31 Millionen Euro, für die der Staat aufkommen müsste. Inklusive Exkursionen, Skikurs, Sprachwoche und Nachmittagsbetreuung können sich laut VEV pro Kind und Schuljahr rasch mehr als 3.000 Euro zusammenlappern.

Kostentreiber. Nicht viel anders dürfte sich die Situation in Tirol präsentieren. Hier drücken im laufenden Schuljahr knapp 83.000 Kinder und Jugendliche die Schulbank – von den mehr als 28.000 Volksschülern bis hin zu rund 14.200



Von „kostenfreier“ Schule merken Eltern nicht mehr viel.

Gymnasiasten. „Wir dürfen nicht übersehen, dass zum Beispiel durch Schulprojekte, mit denen die Schüler Kompetenzen erwerben sollen, auch neue Kostentreiber dazu gekommen sind“, erläutert AK-Präsident Zangerl. Ihm wurden viele weitere Beispiele berichtet. Von den Beiträgen für den Native Speaker im Unterricht bis hin zu 1.300 Euro teuren zehntägigen Englischwochen.

„Mit der Schulkosten-Erhebung sehen Eltern schwarz auf weiß, wie viel sie aufwenden. Daneben sollen die Ergebnisse einen Nachdenkenprozess auslösen“, so Zangerl. Oft bräuchte es nur etwas mehr Abstimmung in den Schulen, um Einsparungspotenziale ausfindig zu machen. Deshalb wird die Erhebung auch dem Landesschulrat und dessen Präsidentin, Bildungslandesrätin Beate Palfrader, vorgelegt. Denn, so AK-Präsident Zangerl: „Bildung darf keinesfalls eine Frage des Einkommens sein!“



Foto: phofoto/Fotolia.com

CHECK SCHULKOSTEN

Mitmachen lohnt sich!

Schultasche, Hefte, Stifte & Co. – schon der Schuleintritt kommt teuer. Werden die Kinder älter, geht es oft um

noch größere finanzielle „Brocken“, wie Nachhilfe oder Sprachreisen.

Aber was kostet der Schulbesuch für ein Kind wirklich? Dieser Frage geht

die Arbeiterkammer Tirol mit ihrer Schulkosten-Erhebung nach. Und Tirols Eltern sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen. Einfach ab Juli ein Jahr lang im Internet, per Smartphone oder auf Papier notieren, was Sie ausgeben müssen für Schulartikel, Laptop, Turnausrüstung, spezielle Kleidung wie Kochschürzen oder Uniformen, Klassenfotos oder karitative Sammlungen, Skikurse, Sprachreisen, Projekte etc. Melden Sie sich bis 29. Mai 2015 an! Das Anmeldeformular gibt es unter 0800/22 55 22 -1515 oder im Internet auf ak-tirol.com

Alle Infos und Unterlagen erhalten Sie rechtzeitig. Als Belohnung erhalten zehn Teilnehmer je einen Gutschein über 100 Euro für Schulbedarf, für drei Familien werden die eingegebenen schulbedingten Kosten bis max. 1.000 Euro pro Haushalt übernommen.

Mehr auf ak-tirol.com

TERMIN AUTOREN-LESUNG



Krimi-Abend mit Humor und Witz

Nach der erfolgreichen Ladies-Crime-Night steht am Mittwoch, dem 3. Juni, um 19 Uhr in der AK Tirol in Innsbruck der Krimi-Herrenabend ins Haus: Die Autoren Herbert Dutzler, Peter Natter und Günther Pfeifer lesen aus ihren neuen Werken „Letzter Applaus“, „Mord unterm Hirschgeweih“ und „Hawelka & Schierhuber laufen heiß“.

Feinsinniger Humor und kauzige Figuren – das sind die Hauptzutaten der Regionalkrimis dieser drei österreichischen Autoren. Ob Gasperlmaier aus Altaussee, Isidor Ibele aus dem Bregenzerwald oder Hawelka und Schierhuber aus dem Waldviertel – allen Ermittlern gemeinsam ist die Portion Humor und Wortwitz, die Krimivergnügen pur garantieren. Ein Herrenabend der besonderen Art, an dem Damen ausdrücklich erwünscht sind!

Anmeldung zur Lesung am 3. Juni, 19 Uhr, in der AK Tirol in Innsbruck unter 0800/22 55 22 - 1540 oder ak-buecherei@ak-tirol.com erforderlich.

Ein Infoabend, ganz für werdende Eltern

informiert.eltern.werden. Am 27. Mai erfahren Interessierte alles zu Arbeitsrecht, Beihilfen und Schwangerschaftsbegleitung.

Mit einer Schwangerschaft beginnt immer auch ein neuer Lebensabschnitt. Aus Paaren werden Familien, und auch im Alltag ändert sich vieles. Das wird Petra und Felix gerade bewusst. Sie erwarten ihr erstes Kind und freuen sich riesig. Trotzdem gehen ihnen viele Gedanken durch den Kopf: Wie schaut es mit Mutterschutz und Wochenlohn aus? Was ist

Elternteilzeit? Was muss wann und wem gemeldet werden?

Antworten auf die wichtigsten Fragen erhalten angehende Mütter und Väter beim AK Infoabend „informiert.eltern.werden“ am Mittwoch, dem 27. Mai 2015, ab 18 Uhr in der AK Tirol in Innsbruck. Und dabei werden auch Missverständnisse rund um die Begriffe Karenz, Kündigungsschutz und Kinderbetreuungsgeld ausgeräumt.

Vier Kurzvorträge. Expertinnen beleuchten in vier Kurzvorträgen viele wichtige Bereiche unter verschiedensten Gesichtspunkten: Erst erläutert Dr. Martina Agreiter (AK Tirol) „Das Recht der Eltern am Arbeitsplatz“, anschließend referiert sie mit DGKS Mag. Daniela Russinger (AK) zu „Finanzielles rund um Schwangerschaft und Geburt“. Außerdem informiert

Hebamme Kathrin Schwarzenberger über „Schwangerschaftsbegleitung“. Der Abend klingt aus mit einem Kurzvortrag der Psychologin Mag. Robin Menges unter dem Titel „Ein Kind verändert vieles“. Nach jedem Vortrag gibt es eine Diskussion im ungezwungenen Rahmen, bei der auch individuelle Fragen gestellt werden können.



Foto: Kolyko Tanya/Fotolia.com

Vorbeikommen. Die Teilnahme am Infoabend „informiert.eltern.werden“ ist kostenlos. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Kommen Sie einfach in der AK in Innsbruck vorbei und nutzen sie die Gelegenheit, mit den Expertinnen ins Gespräch zu kommen.

Weitere Auskünfte gibts unter Tel. 0800/ 22 55 22 – 3720 oder – 1644.

Zum Vormerken

informiert.eltern.werden am Mi., 27. Mai, ab 18 Uhr in der AK Tirol in Innsbruck, Maximilianstraße 7.

NEWS UNTERLAND

Wenn ein Baby unterwegs ist

Neben dem großen Infoabend in der Arbeiterkammer in Innsbruck (siehe links) gibt es auch in den Bezirkskammern in Kufstein und in Schwaz unter dem Titel „Hey Baby – Tipps für werdende Eltern“ eigene Veranstaltungen. Hier

geht es um Fragen wie etwa: Wie schaut es aus mit Mutterschutz, Kündigungsschutz, Wochenlohn, Karenz, Elternteilzeit, Kinderbetreuungsgeld und

Familienbeihilfe? Was muss wem und wann gemeldet werden? Schließlich müssen werdende Mamas und Papas jede Menge rechtliche Details beachten und wichtige Fristen einhalten. Da heißt es, bloß keine Fehler zu machen und den Überblick zu bewahren. Aber keine Panik: Hilfe gibt es in der AK Kufstein am Dienstag, 26. Mai um 19 Uhr.

Bitte anmelden unter der kostenlosen Hotline 0800/22 55 22 - 3350 oder kufstein@ak-tirol.com

In der Arbeiterkammer Schwaz findet der kostenlose Infoabend, bei dem Experten informieren und hilfreiche Tipps geben, am Donnerstag, dem 11. Juni, um 19 Uhr statt. Anmeldung unter Telefon 0800/22 55 22 - 3752 oder schwaz@ak-tirol.com

„Probleme endlich anpacken und für Land und Menschen arbeiten!“

Ernüchternd. Tirol liegt bei den Einkommen österreichweit an letzter Stelle. AK Präsident Zangerl fordert deshalb von der Politik die rasche Umsetzung konkreter Vorschläge, um die Abwärtsspirale zu stoppen.

TAZ: Herr Präsident, Tirol ist bei den Einkommen in Österreich an letzter Stelle, viele machen sich Sorgen um die Zukunft. Wie kann dem entgegen gesteuert werden?

Erwin Zangerl: Damit in Tirol wieder eine positivere Grundstimmung entstehen kann, müssen zuerst einige heilige Kühe geschlachtet werden. Faktum ist, dass zwischen Wirtschaft und Arbeitnehmerschaft ein Grundkonsens darüber besteht, gemeinsam den Standort Tirol zu verbessern. Doch dieses Ziel wird nicht von allen im Land geteilt. Leider herrschen in einigen Bereichen weiter starke Einzelinteressen vor, sodass ein gemeinsames Agieren oftmals behindert wird.

TAZ: Was verstehen Sie unter den „heiligen Kühen“?

Zangerl: Heilige Kühe schlachten bedeutet für die Politik, sich von jahrzehntelangen Gepflogenheiten zu trennen, die sich schon längst überlebt haben. Dass dies möglich ist, zeigen die Maßnahmen bei den Agrargemeinschaften. Spät aber doch wurde dieses Unrecht zu Lasten der Gemeinden endlich politisch geregelt, nachdem man unter dem Druck einer kleinen Lobby diese Ungerechtigkeit jahrzehntelang hingenommen hatte. Ebenso müssen jetzt weitere Dinge hinterfragt werden, die man als gegeben hinnimmt. Die Politik muss zur Kenntnis nehmen, dass Tirol schon lange kein Bauernland mehr ist. Aber die kleinstrukturierte Landwirtschaft Tirols ist zu schützen und gezielt zu fördern, statt Millionen in diverse Verbände zu pumpen. Es muss auch Schluss sein mit der Behauptung, Grund und Boden seien in Tirol knapp und deshalb so teuer. Stattdessen ist neu zu formulieren: „Wohnen ist ein Menschenrecht und keine Marktsache, mit der unbehelligt spekuliert werden kann“. Und

es wird zu teuer gebaut. Werden die Kostentreiber reduziert, würde das jedem Tiroler pro Jahr zwei Monatsmieten Ersparnis bringen.

TAZ: Erledigt die Landespolitik ihre Aufgaben im Sinne der Bürgerinnen und Bürger?

Zangerl: Die Zufriedenheit, vor allem in den wichtigen Ressorts Arbeit, Wohnen und Wirtschaft, hält sich in Grenzen. Derzeit versuchen die politischen Akteure Maßnahmen zu setzen, ohne jedoch etwas an den Strukturen verändern zu wollen. Manches bekommt einen neuen

„Es muss Schluss sein mit der Behauptung, Grund und Boden seien in Tirol knapp.“

Namen, was Aktivität vermitteln soll, und dann meinen die zuständigen Ressortpolitiker, die Menschen würden diese Manöver nicht durchschauen. Wenn der Wohnbaulandesrat inzwischen schon vierteljährlich zum Wohnbaugipfel einlädt und dabei nur die alten Behauptungen bekräftigt, dass in unserem Land ohnehin alles bestens bestellt sei und die Wohnbauförderung gezielt verwendet werde, dann ist das zu wenig. Es liegt in seiner politischen Verantwortung, endlich etwas gegen die Teuerung zu unternehmen.

TAZ: Wie sieht es für Sie beim Thema Beschäftigung aus?

Zangerl: Auch hier fehlen konkrete Maßnahmen, die den Arbeitsmarkt nachhaltig beeinflussen würden: Der Arbeitslandesrat unternimmt nichts anderes, als vorhandene Budgets von AMS, Land und So-

zialpartnern für Aus- oder Weiterbildung sowie Umschulungen als „Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen“ zusammenzurechnen. Dadurch ist aber noch kein einziger neuer Arbeitsplatz entstanden. Hier vermisste ich das Zusammenspiel des Arbeitslandesrates mit der

TAZ: Wie sind die Vorstellungen der AK, um Tirol zukunftsfähig zu machen?

Zangerl: Wichtig wäre zunächst, den Ernst der Lage in den einzelnen Bezirken Tirols zu erkennen und einen mittelfristigen Maßnahmenkatalog zu erstellen. Es kann

bauoffensive, und ganz gezielte – auch geförderte – Betriebsan-siedelungen verbunden mit einem Konjunkturprogramm für neue Gewerbe- und Industriebetriebe. Im Bereich der Standortpolitik ist es jetzt besonders wichtig, neue und attraktive Betriebe nach Tirol



AK Präsident Erwin Zangerl: „Eine Aufgabenreform im Landhaus bedeutet auch, den Förderdschungel zu durchforsten.“

Wirtschaftslandesrätin. Gerade in Zeiten wie diesen müssten sie doch an einem gemeinsamen Konjunkturpaket arbeiten und für mehr gute Arbeitsplätze mit Augenmerk auf neue Gewerbe- und Industriebetriebe sorgen. Stattdessen prämiert die Wirtschaftslandesrätin Ein-Personen-Unternehmen und der Arbeitslandesrat ruft eine Fachkräfteo-offensive aus, ohne zu wissen, in welchen Bereichen und in welchen Regionen welche Qualifizierungen für die Arbeitnehmer von den Betrieben her überhaupt gefragt sind.

nicht sein, dass unter den zehn einkommenschwächsten Bezirken Österreichs vier aus Tirol sind, sogar fünf, wenn man die Fraueneinkommen betrachtet. Diese höchst bedenklichen Entwicklungen darf die Politik nicht ständig mit den Zahlen aus der Tourismuswirtschaft überdecken. Wir brauchen ein Entwicklungsprogramm in den Regionen und parallel dazu wichtige Weichenstellungen: Dazu gehören eine Aufgabenreform im Landhaus, die Durchforstung des Förderdschungels, der Start einer Wohn-

zu bringen, die längerfristig gesicherte, hochwertige Arbeitsplätze für die Menschen anbieten können. Öffentliche Mittel sollen auch verstärkt in den Bereich der öffentlichen Dienstleistungen, in Bildung, Gesundheit, Pflege, soziale Dienste, Sicherheit, aber auch Energie- und Klimaeffizienz investiert werden. Die Möglichkeiten wären gewaltig, aber solange von politischer Seite lieber Aktivität vorgetäuscht, als verantwortungsvoll für das Land gearbeitet wird, wird sich die Spirale weiter nach unten drehen.

EINFACH GEWINNEN MIT DER AZ

FILMFESTIVAL INNSBRUCK

AK PRÄSENTIERT HIT AUS KUBA



Mit einem Kassenmagneten aus Kuba lockt das Internationale Filmfestival Innsbruck vom 2. - 7. Juni. „Conducta“ (Das Verhalten) heißt der Film von Regisseur Ernesto Daranas, der eine der größten Errungenschaften der kubanischen Revolution hinterfragt: Das Schulsystem. Daranas gibt dabei einen ungeschminkten Einblick in das Alltagsleben von Havanna samt ungewohnter Sozialkritik. Wer je zwei Tickets für die Vorführung am 4. Juni um 16.45 Uhr im Innsbrucker Leokino gewinnen will, schreibt unter dem Kennwort „Filmfestival“ mit Telefonnummer an ak@tirol.com oder AK Tirol, Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck (Fax 0512/5340 - 1290). Zudem werden zwei Festivalpässe verlost! Einsendeschluss: 20. Mai.

HANDBALL

EM-SCHLAGER

Ein Leckerbissen der besonderen Art erwartet Tiroler Sportinteressierte am Mittwoch, dem 10. Juni, ab 20 Uhr in der Innsbrucker Olympiahalle, wenn Österreich in der EM-Qualifikation auf Spanien trifft. Auch wenn der Weltmeister von 2013 als Favorit gilt, wird das österreichische Nationalteam alles daran setzen, die Chance für eine Teilnahme an der Europameisterschaft 2016 in Polen noch zu wahren. Zur Unterstützung verlost die AK Tirol 20 VIP-Karten für den Schläger. Schreiben Sie unter dem Kennwort „Handball“ an ak@tirol.com oder AK Tirol, Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck (Fax 0512/5340 - 1290) und seien Sie dabei. Einsendeschluss ist der 26. Mai, bitte Telefonnummer angeben!

OPERETTENSOMMER

IM WEISSEN RÖSSL

Der OperettenSommer Kufstein ist bereits seit Jahren Garant für beste Unterhaltung und bietet auch heuer wieder ein musikalisches Highlight: Mit Ralf Benatzkys Revue-Operette „Im Weißen Rössl“ steht ein wahrer Evergreen und eine der erfolgreichsten Operettenproduktionen aller Zeiten auf dem heurigen Spielplan. Melodien wie „Im Weißen Rössl am Wolfgangsee“, „Es muss was Wunderbares sein“ oder „Was kann der Sigmund dafür“ gingen – auch aufgrund zahlreicher Verfilmungen – um die Welt und bezaubern noch 85 Jahre nach der Uraufführung das Publikum. Gerade in der beeindruckenden Kulisse der Festung Kufstein

wird das Erfolgsstück rund um den Zahlkellner Leopold ein besonderes Erlebnis. Dafür werden auch das spielfreudige Ensemble, das exzellente Orchester und die prachtvollen Kostüme sorgen.

Wollen Sie für eine der Vorstellungen am 14. oder 15. August Karten für je zwei Personen gewinnen?

Dann mailen Sie an ak@tirol.com, schicken ein Fax an 0512/5340 - 1290 oder schreiben an AK Tirol, Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck, Kennwort: „Operettensommer“. Name, Adresse und den gewünschten Termin angeben. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, keine Barablöse möglich (gilt für alle Gewinnspiele).

Tirol: Schlusslicht bei Einkommen

Lohnniveau. Die AK Analyse zeigt: Tirol ist Letzter im Einkommensvergleich und weist eine der höchsten Lebenshaltungskosten auf. Angesichts der exorbitanten Wohnkosten ist für viele diese Schere bereits zu weit aufgegangen.

TIROL EINKOMMEN 2013

TRISTE IST-SITUATION

Die Tiroler bräuchten schon eine andere Zeitrechnung, wollten sie mit ihren Bundesländerkollegen einkommensmäßig mithalten: Ganze 13,5 Monate müsste demnach ein Jahr in Tirol lang sein, damit die Beschäftigten hierzulande das gleiche Jahreseinkommen wie der österreichische Durchschnitt hätten.

Denn mit einem Nettoeinkommen von € 18.632 jährlich liegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Tirol abgeschlagen auf dem letzten Platz in Österreich: Auf den österreichischen Durchschnitt von € 20.961 fehlen **mehr als € 2.000 netto im Jahr!** Das bedeutet, Monat für Monat verdienen die Tirolerinnen und Tiroler um rund € 147 netto weniger als der Durchschnitt Österreichs. Auf die Einkommen der Beschäftigten in Niederösterreich, die den höchsten Einkommensschnitt in Österreich haben, fehlt sogar eine Summe von € 154 netto im Monat.

Die Einkommensdifferenz zwischen Letztem (Tirol) und Bestem (NÖ) macht somit **mehr als 16 %** aus. Um die Lage noch weiter zu verdeutlichen – von den zehn einkommensschwächsten Bezirken in Österreich liegen gleich vier in Tirol: Lienz, Imst, Kitzbühel und Landeck, der überhaupt der Bezirk mit den geringsten Einkommen ganz Österreichs ist.

Männer in Tirol erzielen im Schnitt ein Nettoeinkommen von € 1.612 monatlich, damit liegen sie um fast **acht Prozent** hinter dem österreichischen Durchschnitt zurück. Noch prekärer ist die Situati-

on für die Tiroler Frauen: Mit einem durchschnittlichen Monatseinkommen von € 1.026 netto verfehlen sie den österreichischen Durchschnitt um **beinahe 13 %**. Im Vergleich mit den am besten verdienenden Arbeitnehmerinnen in Wien lagen die Tirolerinnen im Jahr 2013 um rund € 290 netto im Monat zurück!

Und das ist keine Momentaufnahme, denn leider fällt Tirol immer weiter zurück: Ausgehend von einem Rückstand von 9,7 % im Jahr 2011 und 9,9 % im Jahr 2012, machte er 2013 10,0 % aus. Aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten wäre ein Aufholprozess zwar dringend notwendig, dieser ist jedoch nicht in Sicht.

WARUM DER NACHTEIL?

Natürlich spielt die Saisonarbeit eine wichtige Rolle: Wird nicht das ganze Jahr hindurch gearbeitet, so wird auch weniger Erwerbseinkommen erzielt. Das drückt den generellen Einkommensschnitt. Mit einem Anteil von 14 % aller Beschäftigten weist Tirol den höchsten Tourismusanteil Österreichs auf. Aber: Rechnet man die Saisonarbeit heraus und betrachtet nur die Beschäftigten, die das ganze Jahr hindurch Vollzeit arbeiten, dann besteht noch immer ein Tiroler Einkommensrückstand von **fast 6 %**.

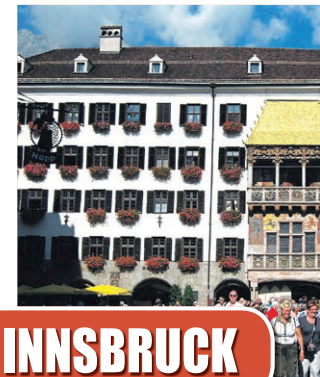
Auch die etwas kleinere durchschnittliche Betriebsgröße wird gerne als Erklärung herangezogen, bei genauer Betrachtung liegt Tirol hier aber im österreichischen Mittelfeld. Andere Bundesländer, wie etwa Salzburg oder Vorarlberg, haben kleinere Betriebe, aber höhere Einkommen. Der Strukturwandel in der Beschäftigung hin zu mehr Teilzeit – rund zwei Drittel aller neuen Jobs sind Teilzeitstellen – trägt auch dazu bei, dass die Einkommen in Tirol nicht steigen.

Innerhalb Tirols gibt es große regionale Unterschiede bei den Anteilen ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung. Die höchsten Anteile zeigen die Bezirke mit viel Gewerbe und Industrie, z. B. Kufstein und Innsbruck-Land. Touristisch geprägte Regionen, wie etwa Kitzbühel und Landeck, bieten deutlich weniger jahresdurchgängige Vollzeitbeschäftigung.



REUTTE

Der Bezirk Reutte zählt bei den Fraueneinkommen mit 978 Euro zu den einkommensschwächsten Österreichs, hinzu kommt, dass die Gehaltsunterschiede Mann-Frau im Bezirk satte 25,3 % betragen.



INNSBRUCK

Die ganzjährigen Beschäftigten in der Landeshauptstadt im Tirol-Vergleich verdienen gering, wer jedoch ganzjährig in der Stadt ist, verdient im Schnitt 2.110 Euro im Monat.

IMST



Auch der Bezirk Imst zählt zu den einkommensschwächsten Bezirken Österreichs. Die Ganzjahresbeschäftigung liegt bei 45 %, der monatliche Nettobezug bei 1.285 Euro. Zudem verdienen hier Frauen um 23 % weniger als Männer.

INNSBRUCK



INNSBRUCK LAND

Innsbruck Land zählt innerhalb Tirols zu den Gewinnerbezirken und weist die höchste Beschäftigung (75,1 % bzw. 51,9 % ganzjährig) und die höchsten Nettoeinkommen auf. Allerdings sind die Einkommensdifferenzen Mann-Frau mit 22,8 % sehr hoch.

LANDECK



Der Bezirk Landeck hält den traurigen Rekord als Österreichs ärmster Bezirk. Der durchschnittliche Monats-Nettobezug liegt bei 1.147 Euro, nur 49,7 % der Männer und 22,7 % der Frauen im Bezirk sind vollzeitbeschäftigt.

Ganzjährige Beschäftigung* Tirol 2013

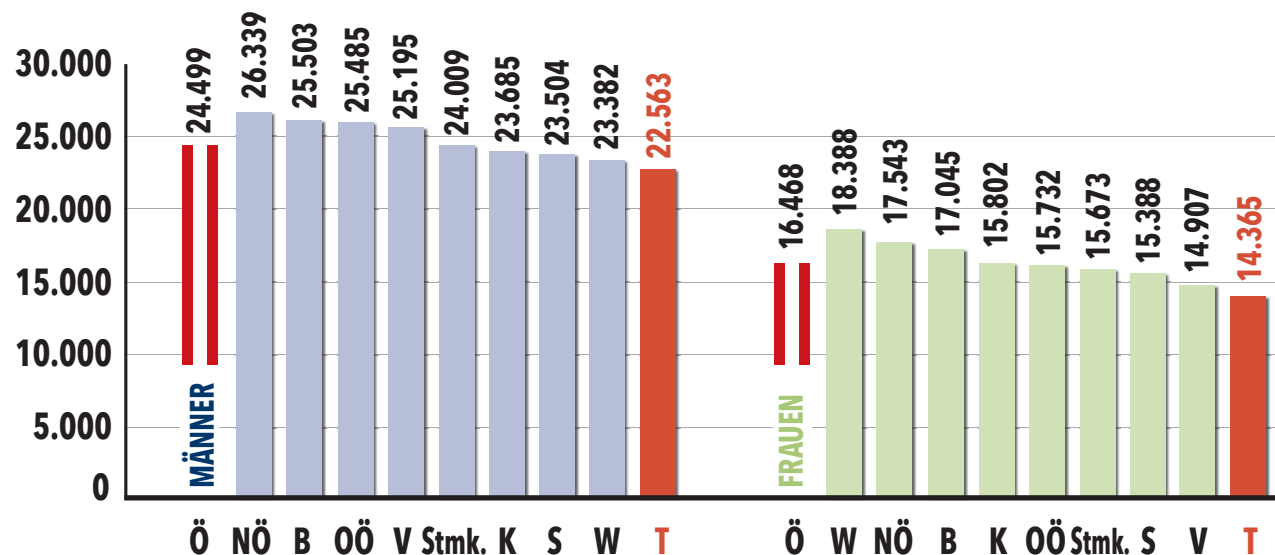
BEZIRK	GESAMT	MÄNNER	FRAUEN	% GES	% M	% F
LA	12.864	7.289	5.575	50,0 %	53,0 %	46,6 %
KB	19.973	10.240	9.733	60,9 %	60,6 %	61,2 %
IM	19.685	10.489	9.196	63,4 %	64,1 %	62,7 %
SZ	29.716	16.030	13.686	66,9 %	68,6 %	64,9 %
RE	10.846	6.055	4.791	67,7 %	70,8 %	64,2 %
LZ	15.731	8.558	7.173	67,8 %	68,6 %	66,8 %
IBK	42.524	21.045	21.479	67,8 %	67,1 %	68,5 %
KU	37.816	20.114	17.702	71,6 %	72,2 %	70,9 %
IL	66.726	34.551	32.175	75,1 %	75,2 %	74,9 %
TIROL	255.881	134.371	121.510	67,8 %	68,3 %	67,1 %

* Teilzeit- + Vollzeitbeschäftigte, gereiht nach % gesamt

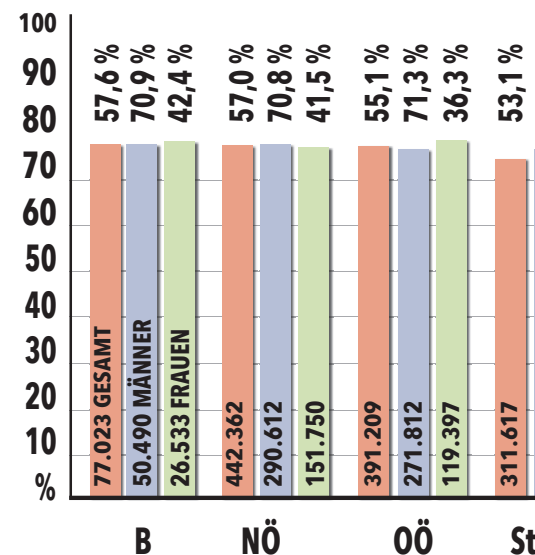
Beschäftigte: ganzjährig

BEZIRK	GESAMT	MÄNNER	FRAUEN
LA	9.554	6.830	2.724
KB	14.204	9.370	4.834
IBK	28.063	17.170	10.893
IM	14.013	9.770	4.243
SZ	21.674	14.910	6.764
LZ	11.402	7.960	3.442
RE	8.045	5.680	2.365
KU	27.224	18.650	8.574
IL	46.147	31.240	14.907
TIROL	180.326	121.600	58.726

Durchschnittlicher Jahresnettobezug 2013 im Österreich-Vergleich



Beschäftigung: Ganzjährig



Tirol ist **Letzter** im österreichischen Einkommensvergleich. Im Schnitt verdienen die Tirolerinnen und Tiroler um **10 % weniger**. Die Tiroler Männer liegen um knapp 8 % zurück, die Frauen um fast 13 %! Der sehr hohe Teilzeitannteil bei den Tiroler Frauen und die starke Position des Tourismus in der Frauenbeschäftigung dämpfen die weiblichen Einkommen. Im Schnitt verdienen die Tirolerinnen € 1.026 netto im Monat – um € 150 weniger als im österreichischen Durchschnitt. Auch regional bestehen große Unterschiede: Die Landeckerinnen liegen sogar um € 324 hinter dem österreichischen Durchschnitt zurück.

Kommen und Beschäftigung!



...ungszahlen sind in der Vergleich mit 44,7 % ...ig in Vollzeit beschäftigt ...3 Euro monatlich.



KUFSTEIN

Bei der Beschäftigung liegt der Bezirk Kufstein hinter Innsbruck Land auf Platz zwei. Auch die monatlichen Einkommen sind mit 1.359 Euro bzw. 1.979 Euro besser als in vielen anderen Bezirken.



KITZBÜHEL

18,1 % beträgt die Einkommensdifferenz im Bezirk Kitzbühel zum Österreichschnitt. Kitzbühel liegt mit einem durchschnittlichen Nettobezug von 1.210 Euro hinter Landeck. Auch bei der Beschäftigung nimmt Kitzbühel hinter Landeck den vorletzten Platz ein.



SCHWAZ

Im Bezirk Schwaz liegen die monatlichen Nettobezüge im Tirol-Vergleich genau in der Mitte, ebenso in der Mitte hält sich Schwaz bei der Beschäftigungssituation. Die Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen ist mit 24,5 % eine der höchsten im Tirol-Vergleich.



LIENZ

Auch der Bezirk Lienz zählt sowohl bei den Einkommen, als auch jenen von Frauen zu den schwächsten Bezirken Österreichs, bei der Beschäftigungssituation liegt Lienz im Tiroler Mittelfeld.

ganzzährige Vollzeit Tirol 2013

BEZIRK	FRAUEN	VZA* GES.	VZA* M	VZA* F
LA	2.720	37,1 %	49,7 %	22,7 %
KB	4.831	43,3 %	55,5 %	30,4 %
IM	10.893	44,7 %	54,7 %	34,7 %
LZ	4.243	45,2 %	59,7 %	28,9 %
SZ	6.759	48,8 %	63,9 %	32,1 %
IBK	3.437	49,1 %	63,8 %	32,0 %
RE	2.360	50,2 %	66,5 %	31,6 %
KU	8.569	51,5 %	67,0 %	34,3 %
IL	14.907	51,9 %	68,0 %	34,7 %
TIROL	58.719	47,7 %	61,9 %	32,4 %

* Vollzeitanteil; gereiht nach % gesamt

Unterschiede im Einkommen zwischen Männern und Frauen bei ganzzähriger Vollzeitbeschäftigung, gemessen am durchschnittlichen Jahresnettobezug (TIROL GESAMT: -21,6 %)	BEZIRK	Differenz
REUTE	-25,3 %	
LANDECK	-25,1 %	
SCHWAZ	-24,5 %	
IMST	-23,2 %	
IBK LAND	-22,8 %	
KUFSTEIN	-22,8 %	
LIENZ	-21,1 %	
KITZBÜHEL	-21,0 %	
INNSBRUCK	-16,9 %	

Monatl. Nettobezug 2013* (Durchschnitt)

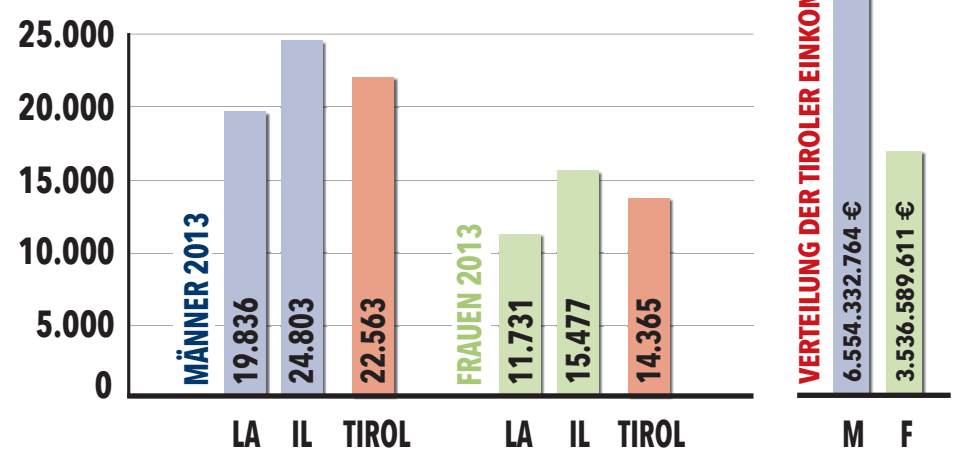
BEZIRK	GESAMT	MÄNNER	FRAUEN	GESAMT % VON Ö	M % VON Ö	F % VON Ö
LA	€ 1.147	€ 1.417	€ 838	-22,0 %	-18,7 %	-28,6 %
KB	€ 1.210	€ 1.446	€ 960	-18,1 %	-17,1 %	-18,8 %
IM	€ 1.285	€ 1.577	€ 959	-13,6 %	-10,6 %	-19,2 %
LZ	€ 1.287	€ 1.572	€ 955	-13,7 %	-11,7 %	-18,6 %
SZ	€ 1.307	€ 1.599	€ 985	-11,5 %	-8,5 %	-17,0 %
IBK	€ 1.314	€ 1.523	€ 1.106	-9,1 %	-10,8 %	-4,3 %
RE	€ 1.352	€ 1.679	€ 978	-8,0 %	-2,9 %	-17,9 %
KU	€ 1.359	€ 1.673	€ 1.036	-7,0 %	-3,6 %	-13,0 %
IL	€ 1.452	€ 1.772	€ 1.109	-2,1 %	1,1 %	-6,3 %
TIROL	€ 1.331	€ 1.612	€ 1.026	-9,7 %	-7,5 %	-12,9 %

* alle Beschäftigungsformen

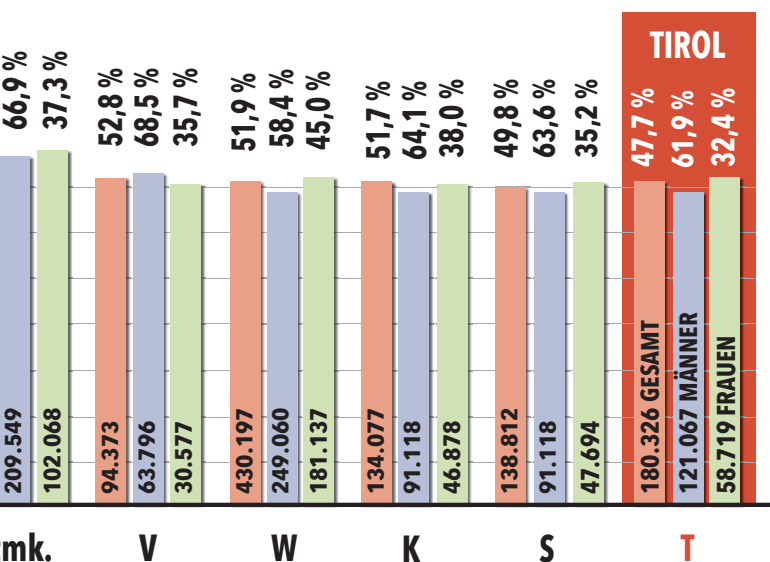
Monatl. Nettobezug 2013 (ganzzährig Vollzeit)

BEZIRK	GESAMT	MÄNNER	FRAUEN	GESAMT % VON Ö	M % VON Ö	F % VON Ö
LZ	€ 1.861	€ 1.988	€ 1.568	-12,0 %	-12,2 %	-14,2 %
KB	€ 1.883	€ 2.027	€ 1.602	-10,9 %	-10,4 %	-12,4 %
LA	€ 1.905	€ 2.052	€ 1.537	-9,9 %	-9,4 %	-15,9 %
IM	€ 1.912	€ 2.057	€ 1.578	-9,6 %	-9,2 %	-13,7 %
SZ	€ 1.914	€ 2.072	€ 1.565	-9,5 %	-8,5 %	-14,4 %
KU	€ 1.979	€ 2.132	€ 1.646	-6,4 %	-5,8 %	-10,0 %
RE	€ 1.991	€ 2.151	€ 1.606	-5,8 %	-5,0 %	-12,2 %
IL	€ 2.077	€ 2.242	€ 1.731	-1,8 %	-1,0 %	-5,3 %
IBK	€ 2.113	€ 2.261	€ 1.879	-0,1 %	-0,1 %	2,8 %
TIROL	€ 1.993	€ 2.144	€ 1.682	-5,7 %	-5,3 %	-8,0 %

Jahresnettoeinkommen (Vgl. Bezirke)



ährige Vollzeit (Österreich-Vergleich, gereiht nach Vollzeitanteil gesamt)



Kein anderes Bundesland hat einen **so niedrigen Anteil** ganzzähriger Vollzeitarbeit wie Tirol. Mit 48 % arbeiten **weniger als die Hälfte** der Tiroler in dieser Beschäftigungsform. Bei den Tiroler Männern liegt der Anteil bei 62 %, bei den Frauen bei 32 %. Und es werden immer weniger. Von 2012 auf 2013 ging die Zahl der Beschäftigten in einer ganzzährigen Vollzeitstelle in Tirol um **1.820 Personen zurück**. In dieser Entwicklung manifestiert sich die Dynamik des Tiroler Arbeitsmarktes der letzten Jahre: Beschäftigungsaufnahmen finden größtenteils im Teilzeitbereich statt und die ganzzährige Vollzeit ist am Rückzug.

Die 10 einkommensschwächsten Bezirke*

GESAMT	MÄNNER	FRAUEN
1. Landeck	Wien, 15. Bezirk	Landeck
2. Zell am See (S)	Wien, 20. Bezirk	Zell am See (S)
3. Wien, 15. Bezirk	Wien, 10. Bezirk	St. Johann/ Pongau (S)
4. Kitzbühel	Landeck	Spittal an der Drau (K)
5. St. Johann/ Pongau (S)	Wien, 16. Bezirk	Lienz
6. Hermagor (K)	Zell am See (S)	Tamsweg (S)
7. Wien, 20. Bezirk	Kitzbühel	Imst
8. Imst	Wien, 5. Bezirk	Kitzbühel
9. Lienz	Wien, 12. Bezirk	Reutte
10. Tamsweg (S)	St. Johann/ Pongau (S)	Hermagor (K)

* im Österreich-Vergleich, 2013

Alarm: Lehre geht kaputt

Handlungsbedarf. Seit 2008 haben sich österreichweit mehr als 7.400 Unternehmen aus der Lehrlingsausbildung verabschiedet. Über 22.000 Lehrplätze gingen verloren.

Egon Blum, der ehemalige Lehrlingsbeauftragte, schlägt in einer neuen Broschüre Alarm und spricht von dramatischen Entwicklungen am Lehrstellenmarkt. Er untermauert die „Sorge um den Fachkräftenachwuchs“ mit Zahlen.

Lehrstellenrückgang. Von 2008 bis 2014 haben in Österreich mehr als 7.400 Lehrbetriebe aufgegeben und die Lehrlingszahlen sind in diesem Zeitraum um mehr als 22.000 gesunken. Blum ärgert sich, wenn die Gründe für den eklatanten Lehrstellenrückgang der Demografie angelastet werden, denn das stimmt nicht. „Im Vorjahr haben um fast 10.000 Jugendliche weniger eine Ausbildung begonnen als noch 2008. Das Minus fällt also weit stärker aus, als der Geburtenrückgang“, so Blum. Und obwohl Österreich vom Ausland für die duale Lehr-

Markanter Lehrstellenschwund. Warum entscheiden sich immer weniger Jugendliche für eine Lehre?



lingsausbildung in der Kombination von Lernen im Betrieb und Berufsschule bewundert wird, scheint dies derzeit nicht zu fruchten.

Treuebonus. Der Lehrstellenschwund erfordere unverzüglich Maßnahmen, damit vor allem bei Kleinbetrieben die Hemmschwelle steigt, das Handtuch zu werfen. Blum empfiehlt einen „Treuebonus“ von 2.000 Euro für maximal zwei Lehrlinge pro Firma und Jahr. Die Kosten für diese Förderung beziffert der frühere Lehrlingsbeauftragte der Regierung mit 61 Millionen Euro. Als weiteren Anreiz schlägt er einen „Qualitätsbonus“ von 3.000 Euro nach dem zweiten Lehrjahr inkl. Qualifikationsnachweis vor. Eine andere Idee des Vorarlbergers, die berufliche Ausbildung

aufgrund der untätigen Bundespolitik den Ländern zu überlassen, wird wohl noch einige kritische Stimmen auf den Plan rufen.

Defizite im Elternhaus. Warum aber entscheiden sich immer weniger Jugendliche für eine Lehre? Die Ursachen sind vielfältig und können in der Bildungspolitik oder im Elternhaus zu finden sein. Wenn junge Menschen aber weder die Grundrechnungsarten beherrschen, noch halbwegs schreiben und lesen können, werden sie nur schwer einen Lehrplatz finden. Als weitere Gründe für den Lehrstellenrückgang nennt Blum den Trend zur höheren Schulbildung und den Strukturwandel in der Wirtschaft hin zu mehr Ein-Personen-Unternehmen. Aber auch das „Image“ könnte eine Rolle spielen: In manchen Gesellschaftskreisen kommen akademische Titel immer noch besser an. Dabei wird übersehen, dass gut qualifizierte Facharbeiter heute oft mehr verdienen als Uni-Absolventen.

NEWS BROSCHÜRE

Arbeiten in den Ferien

Vielleicht sind deine ersten beruflichen Erfahrungen mit einem Pflichtpraktikum verbunden oder du willst mit einem Ferialjob endlich eigenes Geld verdienen. Möglich ist das ab Vollendung des 15. Lebensjahres. In der AK Broschüre „Arbeiten in den Ferien“ findest du Antworten auf wichtige Fragen zu Ferialjob bzw. Pflichtpraktikum wie zu Verdienst, Arbeitszeit oder was im Krankheitsfall zu tun ist. Im praktischen Kalender kannst du deine täglichen Arbeitszeiten sowie die von dir geleisteten Tätigkeiten dokumentieren.



Das ist wichtig, sollten irgendwelche Probleme im Beschäftigungsverhältnis auftauchen. Bei weiteren Fragen kannst du dich auch jederzeit bei den Profis der AK Jugendabteilung melden. Alle Anliegen werden vertraulich behandelt. Die Infos bekommst du kostenlos unter 0800/22 55 22 - 1566 bzw. auf ak-tirol.com oder du schreibst einfach an jugend@ak-tirol.com

CHECK AB INS AUSLAND



Mount Edgcumbe House, Cornwall

Zum Praktikum nach England!

Malerische Landschaften, beeindruckende Gärten und herrschaftliche Häuser kennzeichnen die Grafschaft Cornwall in Großbritannien. Eines dieser Herrschaftshäuser ist Mount Edgcumbe, dessen Parks und Wälder seit dem 17. Jahrhundert Pflanzen aus der ganzen Welt beherbergen. Die AK Tirol bietet nun Interessierten im Rahmen von „Tirolerinnen und Tiroler auf der Walz“ vier Plätze für das Gartenbaupraktikum von Mount Edgcumbe an, um von den Profis vor Ort zu lernen. Voraussetzung dafür ist, dass du dich gerade in einer Lehre für Gartenbau befindest, oder deine Lehrabschlussprüfung nicht länger als ein Jahr zurückliegt. Englischkenntnisse sind von Vorteil, aber kein Muss! Über das ERASMUS+ Programm bekommst du eine finanzielle Unterstützung von ca. 400 Euro pro Monat, die Unterkunft ist kostenlos, zudem gibt es einen Zuschuss für einen Sprachkurs (max. € 200) sowie einen Reisekostenzuschuss (max. € 360). Anmeldung für die drei Termine (15. Juni - 15. Dezember 2015, Jänner - Juli 2016 und Juni - Dezember 2016) ab sofort unter 0800/22 55 22 - 1212 bzw. aufderwalz@ak-tirol.com

AK LEHRLINGSREPORTER

BERUFSBILD VERANSTALTUNGSTECHNIKER

Lehrzeit: 3,5 Jahre | Ort: Berufsschule für Elektro- und Veranstaltungstechnik, Wien

Anna ist 18 Jahre alt und lernt bei der Eventagentur Lindner Music den Lehrberuf der „Veranstaltungstechnikerin“. Sie ist im 1. Lehrjahr, macht Lehre mit Matura und ist eines der wenigen Mädchen in Österreich, die diesen Lehrberuf erlernen. Insgesamt waren voriges Jahr 127 Jugendliche in Ausbildung, nur 17 davon waren Mädchen. Als Veranstaltungstechnikerin ist Anna für die technischen Anlagen und Aufbauten zuständig, die bei Veranstaltungen aller Art benötigt werden (Theateraufführungen, Konzerte, Fest- und Sportveranstaltungen, usw.). Annas Arbeitsalltag ist dabei sehr abwechslungsreich, da es sich um die unterschiedlichsten Veranstaltungen handelt und sie mit vielen Leuten in Kontakt kommt. Dieses Mal steht das AK Kindertheater mit „Herbert und Mimi“ am Programm. Das bedeutet Licht- und Tonproben, Bühnenaufbau oder Mikro-Proben mit den Künstlern. Anna und ihre Kollegen sind zuständig für Bühnen und



Anna am Mischpult. Sie hat die Macht über Laut und Leise, Dunkel und Hell. Und damit die Verantwortung.



Anna bekommt die wichtigsten Updates für die kommende Veranstaltung – das AK Kindertheater!

Nähere Infos zu Anna und ihrem Lehrberuf gibt es auf www.facebook.com/futureatwork oder auf youtube unter „Veranstaltungstechnikerin Anna“



Frauenpower!



Herbert und Mimi kommen auf die Bühne, die Kinder sind begeistert. Und die Technik funktioniert einwandfrei. Auch dank Anna.

Kulissen, Installieren und Montieren von Licht- und Tonanlagen, Durchführen von Wartungs- und Reparaturarbeiten an den veranstaltungstechnischen Anlagen und natürlich für den reibungslosen technischen Ablauf an sich. Nach Ende der Veranstaltungen bauen sie die Anlagen wieder ab.

Als wichtige Voraussetzungen für den Lehrberuf gibt Anna an, dass man teamfähig sein sollte, da man viel mit den unterschiedlichsten Menschen zusammenarbeitet.

Technisches Verständnis ist natürlich Voraussetzung, da man viel mit elektrischen sowie Ton- und Lichtanlagen arbeitet. Auch sollte man sich bewusst sein, dass mit dem Auf- und Abbau von Bühnen- und Anlagenteilen schweres Heben und Tragen verbunden sind, auch wird oft abends bzw. nachts gearbeitet. Außerdem sollte man mit Stress gut umgehen können, da es gerade die Technik ist, die über das Gelingen einer Veranstaltung entscheidet.



INFOS FLUGREISEN

Für alle Fälle.
Die EU-Fluggastrechte-Verordnung schützt Passagiere bei Annullierung, Verspätung und Nichtbeförderung.



Gestrandet

Wenn Ihr Flug ausfällt, haben Sie – je nach Art und Dauer – Anspruch auf kostenlose Telefonate, Mahlzeiten, Hotel sowie auf alternative Beförderung, Stornomöglichkeit und Ausgleichsleistungen (pauschal 250, 400 oder 600 Euro pro Passagier). Verantwortlich ist die Airline, die den Flug ausführen sollte. Die Fluggastrechte-Verordnung ist auf alle in der EU startenden Flüge anzuwenden sowie auf Flüge in die EU mit EU-Luftfahrtunternehmen. Behinderten und eingeschränkt mobilen Reisenden steht zudem Unterstützung durch Airlines und Flughäfen zu. Bedarf bis 48 Stunden vor geplanter Abflugzeit melden!

Kein Koffer

Bei Verspätung oder Beschädigung von Reisegepäck haben Luftfahrtunternehmen bzw. Reiseveranstalter den Schaden zu ersetzen. Die besonders geregelten Ansprüche sind der Höhe nach begrenzt und es gelten sehr kurze Fristen für die Anzeige bei der Airline (für Reisen von und in ein EU-Land bei Beschädigung 7 Tage, bei Verspätung 21 Tage nach Rückgabe des Gepäckstücks).

TIPPS:

- Bei Verspätung gleich bei der Airline reklamieren.
- Gepäck- oder Verspätungsschäden sofort schriftlich geltend machen und Anzeige schriftlich bestätigen lassen.
- Broschüren zu Fluggastrechten finden Sie auf allen EU-Flughäfen.

Der Urlaub kann kommen

AK Tipps für die Reisebuchung. Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erzählen, heißt ein bekanntes Sprichwort. Damit dies nur Erfreuliches ist, haben die AK Experten alle wichtigen Infos zusammengestellt.

Ob Spaß und Action, Kulturtrip oder einfach nur die Seele baumeln lassen: Viele Tiroler träumen schon von unbeschwerten Urlaubstagen und durchforsten Reisekataloge und Internetseiten auf der Suche nach dem perfekten Reiseziel. Aber wie so oft gilt auch hier: Wer gut informiert ist, kann viele Probleme und teure Enttäuschungen schon im Vorhinein vermeiden.

Pauschal oder individuell?

Zu allererst sollten Reiselustige klären, ob sie eine Pauschalreise buchen oder lieber auf eigene Faust einzelne Leistungen zusammenstellen möchten. Doch Vorsicht: Gerade bei Reiseangeboten im Internet ist oft nur schwer zu unterscheiden, ob ein Reiseunternehmen eine Pauschalreise anbietet, oder lediglich einzelne Leistungen, wie Flug, Hotel usw. vermittelt.

Dabei ist dieser Unterschied wesentlich, denn Pauschalreisen bieten gegenüber Individual-Angeboten zahlreiche Vorteile. Zu diesen zählen insbesondere eine Insolvenzabsicherung Ihrer Zahlungen, eine Höchstbegrenzung der Anzahlung und Vorteile bei der Durchsetzbarkeit von Ansprüchen, wenn bei der Reise etwas schiefgeht.

Haftung.

Der Vermittler bzw. das Reisebüro hat für das ordnungsgemäße Zustandekommen des Vertrages zu sorgen und ver-

schiedene Informationspflichten zu erfüllen, wie zu Pass- und Visum-Erfordernissen, Fristen, Versicherungen etc. Er haftet jedoch nicht für die ordnungsgemäße Erbringung der Reise. Bei Pauschalreisen sind der Veranstalter bzw. seine Repräsentanten vor Ort Ansprechpartner der Reisekunden. Bei Individualbuchungen muss man sich dagegen direkt an das jeweilige Unternehmen wenden, um Ansprüche geltend zu machen.

Beweise.

Alle relevanten Infos zu den Leistungen und den Veranstaltern müssen im Reisekatalog angeführt sein. Grundsätzlich sind alle Beschreibungen verbindlich, im Katalog ebenso, wie im Internet, z. B. zu Lage und Ausstattung des Hotels, inkludierten Leistungen und auch Flugzeiten. Deshalb sollten Konsumenten die Prospekte aus Beweisgründen

Endlich Ferien! Damit Ihr Urlaub auch hält, was tolle Prospekte versprechen, sollten Sie die wichtigsten Tipps der AK Experten beherzigen.



bis nach der Reise aufbewahren, bei Internetbuchung am besten Screenshots speichern. „Sonderwünsche“ sind in der Regel unverbindlich. Werden diese aber verbindlich zugesagt, sollte man sich dies immer schriftlich bestätigen lassen. Nach der Buchung muss sofort eine schriftliche Bestätigung ausgefolgt werden, die noch einmal alle relevanten Reise- und Kontaktdaten enthalten muss.

Mängel.

Treten am Urlaubsort Mängel auf, sollten Sie diese gleich bei einem Vertreter des Reiseveranstalters reklamieren, um diesem so die Möglichkeit zur sofortigen Ver-

besserung zu geben. Denn in der Regel sind Reiseunternehmen sehr daran interessiert, allfällige Mängel zu beheben und ihre Reisekunden so auch zufrieden zu stellen.

Fotos & Videos.

Bestehen die Probleme weiter, dann dokumentieren Sie diese, lassen Sie sich diese z. B. vom Reiseleiter schriftlich bestätigen, machen sie Fotos und Videos oder notieren sie Kontaktdaten von Zeugen. Nach dem Urlaub können Sie aufgrund der Mängel innerhalb von zwei Jahren Preisminderung verlangen. Unterlassen Sie eine Reklamation vor Ort, bleiben Preisminderungsansprüche zwar bestehen, bei allfälligen Schadenersatzansprüchen, z. B. für Taxikosten, weil der Transferbus nicht rechtzeitig gekommen ist, müssen Sie aber eventuell Einschränkungen hinnehmen.

Für Probleme, die beim Transport mit Flugzeug, Schiff, Bahn oder Bus auftreten, kommen zusätzlich besondere Bestimmungen zur Anwendung, aus denen Passagiere weitere Ansprüche gegen das Transportunternehmen haben können.

AK INFO

Mehr zum Thema finden Sie in den AK Broschüren „Reisetipps“ und „Tipps für einen unbeschwerten Urlaub“, zu bestellen unter 0800/22 55 22 - 1836 oder auf ak-tirol.com

STORNOGEBÜHREN

Wenn die Reise ins Wasser fällt

Immer wieder kommt es vor, dass Konsumenten eine gebuchte Reise nicht antreten können und von der Buchung zurücktreten möchten. In den AGB der Reiseveranstalter ist geregelt, welche Stornogebühren der Kunde je nach Zeitpunkt der Stornierung bezahlen muss. Bei österreichischen Veranstaltern sind dies in der Regel 10 % des Reisepreises bei Stornierung bis zum 30. Tag vor Abreise, 25 % bis zum 20. Tag, 50 % bis zum 10. Tag, 65 % bis zum 4. Tag, danach 85 %. Es können auch andere Gebühren vereinbart werden.

Ergibt sich nach der Buchung eine Gefahrensituation, etwa durch Terrorordnungen oder Naturkatastrophen in der

Urlaubsregion, kann wegen „Wegfalls der Geschäftsgrundlage“ kostenlos storniert werden. Die Gefahrenlage kann sich aus einer Reisewarnung des Außenministeriums oder seriösen Medienberichten ergeben.

Nach der Rechtsprechung muss die Situation kurzfristig eingeschätzt werden, kostenlose Stornierungen mehrere Monate vor dem Reisetrip sind nicht möglich. Zudem kann der Reiseveranstalter den Vertrag aufrechterhalten, indem er eine zumutbare Alternativreise anbietet. Bei Bedenken hinsichtlich des Reiseziels können Sie den Veranstalter aber jederzeit um Umbuchung ersuchen. Aktuelle Reiseinfos gibts auf bmeia.gov.at

AUF NUMMER SICHER

Für Storno, Unfall und Krankheit im Urlaub



Auch im Urlaub läuft mitunter etwas schief. Kann man etwa eine gebuchte Reise nicht antreten, fallen Stornogebühren an. Hier ist eine Stornoversicherung sinnvoll, weil sie diese bei bestimmten unvorhersehbaren Gründen, wie Unfall, Krankheit oder Verlust des Arbeitsplatzes, abdeckt. Achtung: Es werden nur die Stornokosten übernommen, die zu dem Zeitpunkt zu bezahlen waren, als absehbar war, dass die Reise storniert werden muss!

Eine Reisekrankenversicherung übernimmt jenen Betrag, der durch Ihre gesetzliche Versicherung nicht gedeckt ist. In einem EU-Land haben Sie mit Ihrer E-Card Anspruch auf die unverzüglich notwendi-

gen Sachleistungen, also maximal jenen Teil der Arzt- und Behandlungskosten, die im Inland für eine Behandlung aufzuwenden gewesen wären. Alle darüber hinaus gehenden Kosten können mit der Reiseversicherung abgedeckt werden.

Ergänzend kann eine Reiseunfallversicherung sinnvoll sein, bei Reisen in Länder mit schlechter medizinischer Versorgung auch eine Heimtransportversicherung.

AK Tipp: Prüfen Sie bestehende Versicherungen einschließlich der Leistungen (Kranken-, Unfall-Versicherungen), die bei Kreditkarten oder Autofahrerclub-Mitgliedschaften inkludiert sind. Das spart teure Mehrfachversicherungen.

Zangerl fordert: Stoppt die kalte Progression!

Vollversammlung. Die kalte Progression nimmt Beschäftigten viel Geld weg. Die AK möchte eine jährliche Anpassung.



Foto: Henk Giele/Foto.com

Im Zuge der Lohnsteuer-Reform ist immer wieder die Rede von der sogenannten „kalten Progression“. Was ist darunter zu verstehen? Als kalte Progression bezeichnen die Experten die schleichende Erhöhung des Durchschnittssteuersatzes, weil die einzelnen Steuer-Tarifstufen in Österreich nicht an die jährliche Inflation – also an die Preissteigerungen angepasst werden. Betroffen davon sind vor allem die Lohnsteuerzahler – somit die Arbeitnehmer und Pensionisten. Sie werden alle automatisch höher versteuert, und der Durchschnittssteuersatz steigt. Dadurch steigt

Rote Karte. Die AK Tirol verlangt Taten bei der kalten Progression.

die Steuerbelastung der arbeitenden Bevölkerung automatisch, ohne dass per Gesetz eine Steuererhöhung beschlossen werden muss.

Prozentuell besonders betroffen von der kalten Progression sind untere und mittlere Einkommen! Diese schleichende jährliche Steuererhöhung – oder kalte Progression – bringt dem Staat beträchtliche Mehreinnahmen und verursacht sogar Reallohnverluste. Da es mehrere Tarifstufen gibt, verstärkt sich dieser Effekt bei steigendem Einkommen. Auf mehrere Jahre gerechnet, kommt es hier zu einer beträchtlichen automatischen Einkommensteuer- bzw. Lohnsteuererhöhung von einigen Tausend Euro pro Person. Österreichweit beträgt die jährliche Mehrbelastung aller Lohnsteuerzahler mehrere hundert Millionen Euro.

Zangerl: „In zahlreichen OECD-Staaten existieren gesetzliche Vorschriften zur Vermeidung von infla-

tionsbedingten Steuererhöhungen. Dies verdeutlicht den politischen Handlungsbedarf in Österreich.“

Nach Erhebungen der AK Experten gibt es in der EU acht Staaten, die die kalte Progression ausschalten, aber auch andere Länder, wie etwa die Schweiz, USA, Kanada, Mexiko oder Chile passen jährlich den Steuertarif an die Inflation an.

„Der Grundsatz darf nicht lauten, den Faktor Arbeit ohne Zutun immer noch höher zu besteuern, damit dort, wo sich das Vermögen verdichtet, also beim Faktor Kapital, Steuern in Milliardenhöhe eingespart werden können“, verlangt der AK Präsident eine gerechte Lösung für die Lohnsteuerzahler.

Die Vollversammlung der AK Tirol fordert daher den Finanzminister auf, eine gesetzliche Regelung zu erlassen, wonach der Steuertarif und die Steuerabsetzbeträge regelmäßig an die Preis- oder Lohnentwicklung angepasst werden.

ANTRAG TEURES WOHNEN

Förderung fair verteilen

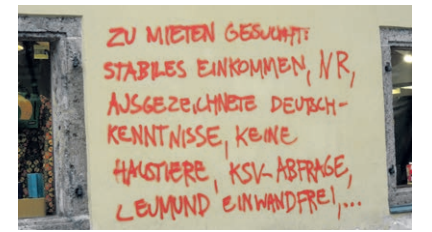


Foto: AK Tirol/Walch

Wohnen muss leistbar werden. Darüber sind sich alle einig. Doch für die Umsetzung müssen Mittel zur Verfügung stehen und Prioritäten gesetzt werden, deshalb verlangt die AK Vollversammlung rasche Reformen.

Fakt ist: Während Arbeitnehmer und Betriebe 1 % des Bruttolohnes als Wohnbauförderungsbeitrag abliefern müssen, tragen Vollerwerbslandwirte und Selbstständige gar nichts bei. Dennoch sind sie in Tirol berechtigt, WBF zu beziehen. Auch die einkommensunabhängige Sanierungsoffensive aus WBF-Mitteln ist zu hinterfragen.

In einem ersten Schritt fordert die AK Vollversammlung den Finanzminister auf, bei den Finanzausgleichsverhandlungen mit den Ländern auf Wiedereinführung der Zweckwidmung zu bestehen. Damit würde die WBF ausschließlich in die Schaffung von Wohnraum fließen.

AK FRAKTIONEN ZUM THEMA:

Höhere Einkommen und mehr Anerkennung für PFLEGE- UND GESUNDHEITSBERUFE

Erwin Zangerl, AK Präsident

Gehaltsanpassungen sind längst überfällig

Liste Erwin Zangerl, AAB-FCG



Anfang März initiierten die Betriebsräte der Krankenhäuser Tirols mit AK Tirol und ÖGB die Unterschriftenaktion für bessere Arbeitsbedingungen und Entlohnung für 12.000 nichtärztliche Spitals-Mitarbeiter. Und 80

Prozent unterschrieben. Denn diese Verbesserungen sind längst überfällig. Es kann doch nicht sein, dass nichtärztliche Mitarbeiter in Tirol weit weniger verdienen, als etwa in Vorarlberg. Und dass sie immer noch mehr Aufgaben erfüllen müssen. Dabei zeigt die sehr enge Personalstruktur in Tirol bereits Auswirkungen: Permanent einsatzbereit sein zu müssen, belastet die Beschäftigten und wirkt sich auf Patienten aus, etwa mit langen Wartezeiten.

Es gibt vier Bereiche, die für das Funktionieren einer Gesellschaft wichtig sind: Gesundheit, Sicherheit, Bildung und Wohlstand. Und es gibt genügend Geld, es wird nur oft seltsam verteilt. Tirols Ärzte haben zuletzt gezeigt, wie Protest funktionieren kann. Deshalb fordern wir Landesrat Tilg auf, die Krankenhäuser finanziell so auszustatten, dass Gehaltsanpassungen und die nötige Personalaufstockung bei den nichtärztlichen Mitarbeitern rasch umgesetzt werden können.

Günter Mayr, Fraktionsvorsitzender

Für ein gutes Leben ein Leben lang

Sozialdemokratische GewerkschafterInnen



Wir fordern höhere Einkommen und mehr Anerkennung für Gesundheits- und Pflegeberufe. Warum? Es handelt sich dabei um Zukunftsberufe und allen, die dort tätig sind, gebührt Anerkennung. Schließlich

wollen wir eine bestmögliche Betreuung, was nur mit gerecht behandeltem Personal zu bewältigen sein wird. Die demographische und gesellschaftliche Entwicklung muss zum Nachdenken anregen, zumal sich die Relation zwischen der jungen und älteren Bevölkerung stark verändert. Es wird nicht mehr lange dauern, dann übersteigt die Gruppe der Älteren jene der Jüngeren. Dadurch werden die Anforderungen an die Menschen in Pflegeberufen nicht weniger, im Gegenteil. Deshalb ist es nun höchste Zeit, diesem Berufsstand mehr Aufmerksamkeit zu schenken und vor allem auch in materieller Hinsicht eine Aufwertung der Berufsgruppe vorzunehmen. Statt weiterer Kürzungen in diesem Sozialbereich muss eine bedarfsgerechte Erhöhung der Finanzierung vorstattengehen! Damit die Betreuungsqualität gewährleistet werden kann, und weil jeder ein gutes Leben ein Leben lang verdient hat, hat man hier gesellschaftspolitische Verantwortung zu tragen.

Helmut Deutinger, Fraktionsvorsitzender

Es klafft jetzt schon eine große Schere

Grüne in der AK



Für eine funktionierende Gesundheitsversorgung und gute Pflege braucht es neben Ärztinnen und Ärzten ein Vielfaches an weiteren Fachkräften. Diese stehen jetzt in der öffentlichen Diskussion oft im Schatten der

alles dominierenden Ärzteschaft. In allen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen haben Patienten aber in erster Linie mit dem Pflegepersonal Kontakt und werden von diesem betreut. Nicht zu vergessen auch die Fachkräfte in den Labors und bei den Spezialuntersuchungen. Alle haben hochqualifizierte langjährige Ausbildungen und sind genauso stark gefordert. Verständlicherweise wollen diese Berufsgruppen nun auch die entsprechende Anerkennung, auch beim Einkommen, was nun der Ärzteschaft gewährt werden soll. Dabei klafft bereits eine große Schere zwischen der finanziellen Abgeltung der Arbeit von medizinischem Fachpersonal und jener von Ärztinnen und Ärzten, wobei sich dieser Unterschied jetzt noch vergrößern soll. Es ist nicht einzusehen, dass nur eine Berufsgruppe mehr Geld kriegen soll. Um wieder zu gesunden und gut betreut und gepflegt zu werden, braucht es das Zusammenspiel und die Anstrengung aller.

Franz Ebster, Fraktionsobmann

Anerkennung für die Leistungen

Freiheitliche Arbeitnehmer in der AK



Kürzere Dienstzeiten, höhere Einkommen – die Ärzte haben es geschafft. Zu Recht, wie ich behaupte. Dasselbe muss auch in Gesundheits- und Pflegeberufen möglich sein.

Gesundheits- und Pflegeberufe bringen eine Vielfalt an körperlichen und psychischen Belastungen mit sich, die entsprechend entlohnt werden sollen. Die Anerkennung der Leistung in Gesundheits- und Pflegeberufen ist von Seiten der Patienten, von Heimbewohnern und deren Angehörigen gegeben. Von vielen Arbeitgebern aber noch nicht. Wir sollten auch alle vernünftigen Möglichkeiten für eine Entlastung des Personals durch Technik auf Tauglichkeit prüfen und gegebenenfalls einführen, um krankheitsbedingtes Ausscheiden aus Gesundheits- und Pflegeberufen zu vermindern.

Bestrebungen der Gesundheits- und Pflegeindustrie, möglichst viele Leistungen bis hin zur Ernährung technisch zu bewerkstelligen, lehnen wir jedoch ab: So förderte etwa die EU bis Ende 2014 die Entwicklung von „Essen aus dem Drucker“, in der Schweiz wird das zur Zeit in einem Pflegeheim getestet und sollte Standard werden. Wir aber fordern: Menschen wollen und sollen von Menschen betreut werden.

Fairness im Spital

Wer A wie Ärzte sagt, muss auch B wie Bedienstete sagen, appellierte AK Präsident Erwin Zangerl an Landesrat Tilg. Anlass war die tirolweite Unterschriftenaktion unter 12.000 nichtärztlichen Mitarbeitern in Tilak und Bezirkskrankenhäusern, mit der faire Löhne und bessere Arbeitsbedingungen gefordert werden. Der Erfolg ist enorm: 80 % der Betroffenen tragen die Aktion mit, die von Betriebsräten, AK Tirol und ÖGB Anfang März initiiert wurde. Die Verhandlungen laufen.



FACTS ARBEIT AM LIMIT



Gerechte Löhne auch in der Pflege

Losgetrennt durch die neuen Arbeitszeitrichtlinien der Ärzte verlangen neben den Krankenhausmitarbeitern (siehe links) auch die Beschäftigten der zahlreichen Pflegeeinrichtungen in Tirol, wie Altenwohn- und Pflegeheime, Behinderteneinrichtungen und Sozialsprengel, eine gerechte Verteilung der Gehälter, damit die Ausgewogenheit auch über die Krankenanstalten hinaus gewahrt bleibt. AK Vizepräsident Ambros Knapp: „Wir sprechen in Tirol von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in mehr als 90 Heimen und mehr als 60 Sprengeln ihren Dienst versehen, zudem noch von hunderten Kollegen privater Anbieter.“ Diese Beschäftigten verrichten dieselben Tätigkeiten wie die Berufskollegen in den Krankenanstalten. Sie arbeiten unter noch stärkerer Belastung, etwa durch immobile Klienten, und tragen aufgrund der Tatsache, dass keine Ärzte in Rufbereitschaft vor Ort sind, eine oft höhere Verantwortung. Es ist unabdingbar, dass sie dieselben Einkünfte beziehen, weil sie sonst in die Krankenhäuser abwandern und dann ein noch größerer Personalmangel in der Pflege herrscht.

INFOS RAT UND RECHT

Anlaufstelle für Pflegepersonal

Für alle Mitarbeiter, die im Bereich Gesundheit und Pflege Rat suchen, hat die AK Tirol ein eigenes Referat „Gesundheit und Pflege“ eingerichtet. Hier finden alle Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich fachkundige Hilfe, Informationen und Unterstützung, beispielsweise in berufsrechtlichen Angelegenheiten und Haftungsfragen. DGKS Mag. Daniela Russinger steht aber auch pflegenden Angehörigen bei Fragen zu Heimunterbringung, 24-Stunden-Betreuung und Pflegegeld beratend zur Seite. Die AK Expertin ist erreichbar unter der Hotline 0800/22 55 22 - 1644 oder per eMail an daniela.russinger@ak-tirol.com



Gesunde Gehälter

LR Tilg am Zug. Tirols Krankenhausmitarbeiter fordern 20 % mehr Lohn, mehr Personal und alternsgerechtes Arbeiten.

Immer mehr Arbeit, immer höhere Anforderung, aber weniger Lohn als in anderen Bundesländern. Das kann nicht länger akzeptiert werden!

Klare Worte fanden die AK Kammerräte und Betriebsratsvorsitzenden Petra Grössl-Wechselberger (BKH Schwaz) und Gerhard Hödl (Tilak) für die Stimmung, die in Tirols Landes- und Bezirkskrankenhäusern herrscht.

Nach den erfolgreichen Protesten der Spitalsärzte wird jetzt auch für rund 12.000 nichtärztliche Mitarbeiter in Pflege-, Administrations- und Wirt-

schaftsbereich eine faire Entlohnung verlangt. Nach der mit rund 10.000 Unterstützern höchst erfolgreichen Unterschriftenaktion (siehe Beitrag oben) ist jetzt die Landesregierung, allen voran Gesundheitslandesrat Bernhard Tilg, am Zug.

Anfang April statteten ihm die Betriebsräte der zehn Tiroler Einrichtungen in Begleitung von AK Präsident Erwin Zangerl und Gerhard Seier, dem Landesobmann der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, einen Besuch im Landhaus ab, und überreichten ihm ihre prall mit Unterschriften gefüllten Ordner. „Tirols Krankenhäuser müssen finanziell so

ausgestattet werden, dass sowohl Gehaltsanpassungen, als auch die nötige Personalaufstockung bei den nichtärztlichen Mitarbeitern rasch umgesetzt werden können“, fordert AK Präsident Zangerl.

„Die Personalstruktur ist derzeit bereits sehr eng, und das geht auch auf Kosten der Patienten, etwa mit längeren Wartezeiten“, erklärt Hödl. Den nötigen Mehraufwand beziffert er mit 100 Millionen Euro. Allein um die Gehälter um 20 % anzuheben und an jene in Vorarlberg anzugleichen, sind 30 bis 40 Millionen Euro nötig. Daneben braucht es aber auch Geld für zusätzliches Personal, alternsgerechte Arbeitsplätze etc.



Zum Wohl des Patienten

Kompetente Analysen. Ihre Arbeit bleibt meist im Hintergrund, doch ihre Leistungen retten Menschenleben: Die medizinisch-technischen Dienste sind unverzichtbar.

Bei den gehobenen medizinisch-technischen Diensten unterscheidet man verschiedene Fachrichtungen. Je nach Zweig spricht man von Physiotherapeuten, Biomedizinischen Analytikern, Radiotechnologen, Diätologen, Ergotherapeuten, Logopäden oder Orthoptisten.

Ernährungstherapie. Dass die Ernährung wesentlich zu einem gesunden Leben beiträgt, ist bekannt. Doch kann bei bestimmten Erkrankungen auch die Auswahl richtiger Lebensmittel wesentlich zu einer Verbesserung des Wohlbefindens beitragen und den Heilungsprozess positiv beeinflussen. Deshalb erfordern bestimmte Erkrankungen, wie etwa der Nieren, des Magen-Darmtraktes oder Krebs, eine ernährungstherapeutische Anpassung. Diätologen beraten Kranke oder deren Angehörige nach ärztlicher Anordnung nicht nur über die vom

Mediziner angeordneten Diäten, sondern sind unter anderem auch für die Auswahl, Zusammenstellung und Berechnung besonderer Kostformen eigenverantwortlich zuständig. Auch gesunde Personen werden ohne ärztliche Anordnung ebenfalls ernährungstherapeutisch beraten und behandelt.

Im Labor. Beinahe im Verborgenen arbeiten die Biomedizinischen Analytiker. Trotzdem sind sie aus dem Klinikalltag nicht wegzudenken. Ihr Aufgabengebiet umfasst nach ärztlicher Anordnung die eigenverantwortliche Labor-

untersuchung beispielsweise von Blut- und Urinproben, Knochenmark, Fruchtwasser oder entnommenem Gewebe, wie einem entfernten Muttermal. Die jeweiligen Untersuchungsergebnisse liefern dem Arzt eine wichtige Grundlage für die Diagnose, helfen aber auch bei der Überwachung des Behandlungsverlaufs. In manchen Fällen können bio-

medizinische Analytiker aber auch direkt am Patienten tätig werden, wenn zum Beispiel die Leistung und Funktionstüchtigkeit von Organen wie etwa Herz (EKG) oder Lunge (Spirometrie) gemessen werden.

Bisweilen muss man jedoch, um eine Diagnose stellen zu können, ein Röntgen durchführen. Hier kommen die Radiotechnologen zum Einsatz, deren Berufsbild in der Juni-Ausgabe der AZ vorgestellt wird.



Balsam für den Körper. Auch die Physiotherapie zählt zu den medizinisch-technischen Diensten.

THEMA VORSORGEN

Verfügungen für Patienten

Viele möchten Vorkehrungen treffen, falls sie als Patient vielleicht einmal selbst nicht mehr ansprechbar sein sollten. Aber welche Möglichkeiten gibt es, um für bestimmte Situationen eine medizinische Behandlung im Vorhinein abzulehnen? Über die Instrumente, die die Rechtsordnung dafür seit einigen Jahren kennt, informiert MMag. Paul Tolloy von der Tiroler

Patientenvertretung beim Infoabend „Patientenverfügung“ am 20. Mai um 19 Uhr in der AK Tirol in Innsbruck. In seinem Vortrag erklärt er die Unterschiede zwischen „verbindlicher“ und „beachtlicher Patientenverfügung“ und wie man diese errichtet, aber auch, was eine Vorsorgevollmacht bedeutet? Daneben ist Raum für Fragen und eine Diskussion. Anmeldung erforderlich unter 0800/22 55 22 - 1645 oder gup@ak-tirol.com

INFOS FORTBILDUNG

Für mehr Mitsprache

Rund 13.000 Betriebsräte und Personalvertreter engagieren sich in den drei westlichen Bundesländern für ihre Kollegen. Betriebsräte können erfolgreich arbeiten, wenn sie gut geschult sind. Die AK Tirol unterstützt deshalb die Betriebsräte in ihrer Arbeit. Denn als Stimme der Belegschaft vermitteln sie und setzen sich für die Rechte der Mitarbeiter ein. Im AK Betriebsräte-Kolleg im Bildungshaus Seehof (siehe Beitrag rechts) wird ihnen eine hochkarätige Ausbildung geboten. Zudem veranstaltet die AK weitere Seminarreihen zur Fortbildung von Betriebsräten. Die Teilnahme ist kostenlos. Infos unter 0800/22 55 22 – 2105 oder auf ak-tirol.com



Buchen: Kolleg für Betriebsräte

Die Arbeiterkammern von Salzburg, Vorarlberg und Tirol bieten bereits wieder ab dem Frühjahr 2016 ihren Speziallehrgang, das Betriebsräte-Kolleg, am Innsbrucker Seehof, an. Es handelt sich um einen Vollzeitlehrgang mit der Dauer von 13 Wochen. Das Betriebsräte-Kolleg ist speziell für Betriebsräte, Stellvertreter oder strategisch wichtige Mitglieder konzipiert. Im Mittelpunkt der Ausbildung stehen Arbeits- und Sozialrecht, Betriebs- und Volkswirtschaftslehre, Kommunikations- und Rhetoriktraining, Strategien zur Konfliktlösung oder Durchsetzungs- und Verhandlungstraining. Das Kolleg beginnt ab April 2016. Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldungen sind ab sofort möglich unter 0800/22 55 22 – 2105 oder unter biwest@ak-tirol.com

Rasch anmelden, die Plätze sind begrenzt.

Kampf um den Sozialstaat

„Eine Woche 2044“. Der starke Wähler-Rückgang führt 2025 zur ersten Systemregierung. Ein Zeitzeuge berichtet, wie das Sozialsystem dadurch aus den Fugen geraten ist.

SERIE EINE WOCHE 2044, IV

von Dr. Lothar Müller

Kurzer Rückblick: Die Teilnahme an den Wahlen geht weiter rapide zurück. Anfang der Zwanzigerjahre setzt sich die Bürgerinitiative „Alle zehn Jahre wählen genügt“ erfolgreich durch. Im Jahr 2025 kommt es zur ersten „Verwaltungsregierung“, ihre Gegner nennen sie „Systemregierung“. Ziel der „Grauen“, die an der Macht sind: Alles deckeln, überall Quoten, alles automatisieren. Begonnen wurde

mit dem Sozial- und Gesundheitsbereich. Die Mittel wurden radikal „gedeckelt“ und in Schuldenabbau und Katastrophensicherheit umgelenkt. Die Deckelung wurde sofort auf personenbezogene „Quoten“ umgerechnet: wer krankheitshalber seine „Kopfquote“ überschritt, musste entweder sofort nachzahlen oder wurde auf Jahre in einer sogenannten „Zone“ untergebracht. Dort waren die Unterbringungs- und Gesundheitskosten sehr gering, wie auch der Standard.

„Ein Leben wie in einer Kaserne“, so schildert Josef C. seinen damaligen Aufenthalt. Er war sein Leben lang in der Gastronomie, meistens als Kellner. In der Pension, im Jahr 2030, hatte er wegen einer Bandscheibenoperation seine

„Quote“ überschritten. Das Resultat: zwei Jahre im „großen Armenhaus“, wie er es nennt.

Gemeinsam demonstriert. „Wir haben nach diesen Regierungen Jahre gebraucht, um das bewährte Sozial- und Krankenversicherungsangebot wieder herzustellen. Ich hätte als Junger nie gedacht, dass die Reduktion der Wahlen einmal solche Folgen haben könnte. Und wenn es die Demonstrationen der vor der Pension Stehenden Ende 2028, Anfang 2029 nicht gegeben hätte – die hätten doch das ganze Pensionssystem abgeschafft.“

Damit weist der Leiter einer wiedererrichteten Bezirksstelle der Arbeiterkammer auf einen zentralen Punkt des Widerstandes gegen

die „Systemregierung“ hin: „Die wollten alle Bundesbeiträge streichen. Dagegen erhoben sich nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Bauern und Gewerbetreibenden, die hatten noch viel mehr zu verlieren.“

15 verlorene Jahre. Gefragt, wie man diese Art des Regierens nach eineinhalb Jahrzehnten, also im Jahr 2039, wieder los geworden sei, sagt der junge AK Bezirksstellenleiter: „Die Arbeitnehmervertreter waren in dieser langen Zeit im Widerstand. Geholfen haben meinen Vorgängern ihr Mut, die Kirchen und die EU, in der wir noch sind. Und die ‚neuen Medien‘. Wir waren also nie ganz allein. Aber es sind 15 verlorene Jahre.“

THEMA DISKUSSION

Alternativ wirtschaften

Für einen besseren Einklang von Umwelt und Wirtschaft muss mit den Ressourcen – Mensch und Umwelt – schonender umgegangen werden. Denn trotz Raubbaus nehmen Armut und Verunsicherung auch in reichen Ländern zu. Um andere Wege, das Potenzial sozialer Unternehmen etc. geht es bei der Podiumsdiskussion „Alternatives Wirtschaften: Krisensicherheit und mehr Beschäftigung durch neue Ansätze?“ am Do. 21. Mai um 19 Uhr in der AK Tirol in Innsbruck. Diskutieren Sie mit Dr. Gisela Notz (Sozialwissenschaftlerin, Historikerin), Dr. Harald Gohm (Standortagentur) und Wilfried Hanser (Ho&Ruck). Moderation: Dr. Silke Ötsch (Institut für Soziologie, Uni Innsbruck/Attac Tirol). Eine Veranstaltung der Reihe „Ernährung und alternatives Wirtschaften“ von AK Tirol und Attac Tirol. Anmeldung unter 0800/22 55 22 – 1480.

NEWS VORTRAGSREIHE

Demokratie in der Krise

Die Demokratie ist seit einiger Zeit von einer negativen Entwicklung gekennzeichnet, immer öfter ist von einer „Krise der Demokratie“ die Rede. Mit den Dynamiken und Gründen demokratischer Krisenprozesse befasst sich der deutsche Sozialwissenschaftler Alex Demirović in seinem Vortrag „Krise des Kapitalismus – Krise der Demokratie“ – am Dienstag, dem 19. Mai, um 18.30 Uhr in der AK Tirol in Innsbruck, Maximilianstraße 7.

Die Veranstaltung findet im Rahmen der Vortragsreihe „Ein anderes Europa: Konkrete Utopien und gesellschaftliche Praxen“ statt und ist eine Kooperation von Büro für Gleichstellung und Gender Studies der Uni Innsbruck, AK Tirol, ÖGB Tirol und AMS Tirol. Anmeldung erforderlich unter Tel. 0800/22 55 22 – 1930 oder per eMail an johann.ofner@ak-tirol.com

Hol dir dein eBook!

Lesevergängen. In der digitalen Bibliothek der AK Tirol können Leser aus rund 26.000 eBook-Titeln wählen. Und das gratis!

Endlich ist sie da, die warme Jahreszeit. Und mit den Feiertagen stehen vielen Beschäftigten schon die ersten verlängerten Wochenenden ins Haus. Eigentlich perfekt, um beim Lesen wieder einmal so richtig auszuspannen!

Ob daheim am Balkon, im Schwimmbad oder vielleicht bei einem Kurzurlaub: Für alle, die sich ihre Lieblingslektüre noch rasch als eBook für ihren Reader besorgen möchten, hat die Bibliothek der AK Tirol ein riesiges kostenloses Angebot zusammengestellt. Vom neuesten Krimi über Ratgeber und Fachliteratur bis hin zu Reiseführern: Hier werden garantiert alle Leseratten fündig! Insgesamt warten in der digitalen Bibliothek der AK Tirol rund 26.000 Exemplare darauf, gratis entlehnt zu werden. Die „Top Ten“ bei den Ent-



Entspannung. Lieblingslektüre bequem in der AK besorgen und loslesen!

lehnungen führte zuletzt übrigens der Roman „Kinder der Freiheit“ an, gefolgt von „Liebling, ich kann auch anders“ und dem Altaussee-Krimi „Letzter Gipfel“.

Noch Fragen?

Alle Infos zum Registrieren und Entleihen finden Sie auf ak-tirol.com

IMPRESSUM



AK TIROLER ARBEITERZEITUNG – AK AKTUELL

Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Medieninhaber und Herausgeber: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol, 6020 Innsbruck, Maximilianstraße 7
Redaktion: Dr. Elmar Schiffkorn, Mag. Christine Mandl, Gertraud Walch, Mag. Henrik Eder, Armin Muigg
Fotos: AK, www.fotolia.com
Druck: Intergraphik GmbH, 6020 Innsbruck, Ing. Etzelstraße 30

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25 (2): Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol, 6020 Innsbruck, Maximilianstraße 7; Präsident: Erwin Zangerl; Aufgabenstellung: Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; Die Blattlinie entspricht jenen Grundsätzen, die im Arbeiterkammergesetz 1992 BGBl. Nr. 626/1991 idGF festgehalten sind.

Die von der AK Tirol angebotenen Leistungen kommen ausschließlich ihren Mitgliedern zugute. Soweit personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.